

Unterrichtung
durch die Europäische Kommission

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat:

Strategische Vorausschau 2023

Nachhaltigkeit und Wohlergehen der Menschen - Herzstück der offenen strategischen

Autonomie Europas

COM(2023) 376 final

Der Bundesrat wird über die Vorlage gemäß § 2 EUZBLG auch durch die Bundesregierung unterrichtet.

Hinweis: Drucksache 295/20 = AE-Nr. 200390;
 Drucksache 444/21 = AE-Nr. 210399;
 Drucksache 344/22 = AE-Nr. 220748;
 Drucksache 196/23 = AE-Nr. 230390;
 AE-Nrn. 220781; 230105; 230134; 230429; 230537; 230602



Brüssel, den 6.7.2023
COM(2023) 376 final

**MITTEILUNG DER KOMMISSION AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT UND
DEN RAT**

Strategische Vorausschau 2023

**Nachhaltigkeit und Wohlergehen der Menschen – Herzstück der offenen strategischen
Autonomie Europas**

I. Einleitung

Die Europäische Union schreitet mit beispiellosen Maßnahmen voran, um Klimaneutralität und Nachhaltigkeit zu erreichen. Ein erfolgreicher Wandel wird die existenziellen Risiken des Klimawandels und der Umweltkrise begrenzen und gleichzeitig die offene strategische Autonomie und die wirtschaftliche Sicherheit der EU stärken. Er wird von entscheidender Bedeutung für die Stärkung der langfristigen Wettbewerbsfähigkeit und des Sozialmodells Europas und damit für die weltweite Führungsrolle Europas in der neuen klimaneutralen Wirtschaft sein, auch indem andere Regionen beim Aufbau einer nachhaltigen Zukunft unterstützt werden. Letztlich wird dies das Wohlergehen der heutigen und künftigen Generationen verbessern.

Ein erfolgreicher und gerechter sozioökonomischer Wandel ist jedoch keine Selbstverständlichkeit. Zusammen mit dem digitalen Wandel erfordert der grüne Wandel grundlegende Veränderungen und Abwägungen, die sich unter anderem auf unsere Volkswirtschaften und Gesellschaften in nie da gewesenem Tempo und Ausmaß auswirken werden. Um diesen Wandel erfolgreich zu vollziehen, muss der Zusammenhang zwischen der ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Dimension der Nachhaltigkeit erkannt werden. Dies wird Europa in die Lage versetzen, eine zukunftsorientierte geopolitische Strategie zu verfolgen, die seine wertvollsten Güter – nämlich seine einzigartige soziale Marktwirtschaft und seine Position als größter Handelsblock der Welt – erfolgreich einsetzt.

Vor diesem Hintergrund werden in der **Strategischen Vorausschau 2023 die wichtigsten Schnittstellen zwischen den strukturellen Trends und Triebkräften, die sich auf die sozialen und wirtschaftlichen Aspekte der Nachhaltigkeit auswirken, untersucht, um die möglichen Entscheidungen und Abwägungen aufzuzeigen, mit denen die EU voraussichtlich konfrontiert sein wird.** Ausgehend von einer umfassenden Vorausschau¹ und aufbauend auf den drei vorangegangenen Ausgaben² werden darin die wichtigsten Herausforderungen untersucht, die für die Transformation unserer Gesellschaft und Wirtschaft zu einem Modell entscheidend sein werden, bei dem die Grenzen unseres Planeten respektiert und gleichzeitig die globale Wettbewerbsfähigkeit, starke soziale Grundlagen und

¹ Diese Mitteilung stützt sich auf den „Science for Policy Report“ der Gemeinsamen Forschungsstelle (Joint Research Center, JRC) mit dem Titel *Towards a fair and sustainable Europe 2050: social and economic choices in sustainability transitions* (Auf dem Weg zu einem fairen und nachhaltigen Europa 2050: soziale und wirtschaftliche Entscheidungen beim Übergang zur Nachhaltigkeit) und beruht auf einem umfassenden Vorausschauverfahren. Ausgangspunkt dabei war die Erstellung von Zukunftsszenarien, in denen alternative Versionen der nachhaltigen Zukunft der EU bis 2050 beschrieben werden. Die Wege für den Übergang zur Nachhaltigkeit wurden für jedes Szenario mittels einer ko-kreativen Backcasting-Technik abgeleitet. Dies ermöglichte die Ermittlung neuer, alternativer Praktiken und Strukturen sowie die schrittweise Abschaffung bestehender nicht nachhaltiger Praktiken und Strukturen bis 2050 sowie die Analyse von Nachteilen, Engpässen und Synergien entlang der Übergangspfade. Mittels einer Querschnittsanalyse der verschiedenen Übergangsmuster wurden entscheidende Bereiche ermittelt, die den transformativen Wandel hin zur Nachhaltigkeit ermöglichen. Das Vorausschauverfahren umfasste auch Konsultationen mit Sachverständigen und Interessenträgern, Gespräche mit Kommissionsdienststellen, Agenturen und gemeinsamen Unternehmen, eine öffentliche Sondierung sowie Gespräche mit institutionellen Partnern (Europäisches System für strategische und politische Analysen) und den Mitgliedstaaten.

² In der Strategischen Vorausschau 2022 stand das Zusammenspiel zwischen dem grünen und dem digitalen Wandel in Europa in einem neuen geopolitischen Kontext im Mittelpunkt. In der Ausgabe 2021 wurden wichtige Trends in Augenschein genommen, die sich auf die offene strategische Autonomie und die Handlungsfreiheit der EU in den kommenden Jahrzehnten auswirken. In der Vorausschau 2020 wurde die Widerstandsfähigkeit der EU in vier Dimensionen analysiert: Wirtschaft und Soziales, Geopolitik, Umwelt und digitale Entwicklung.

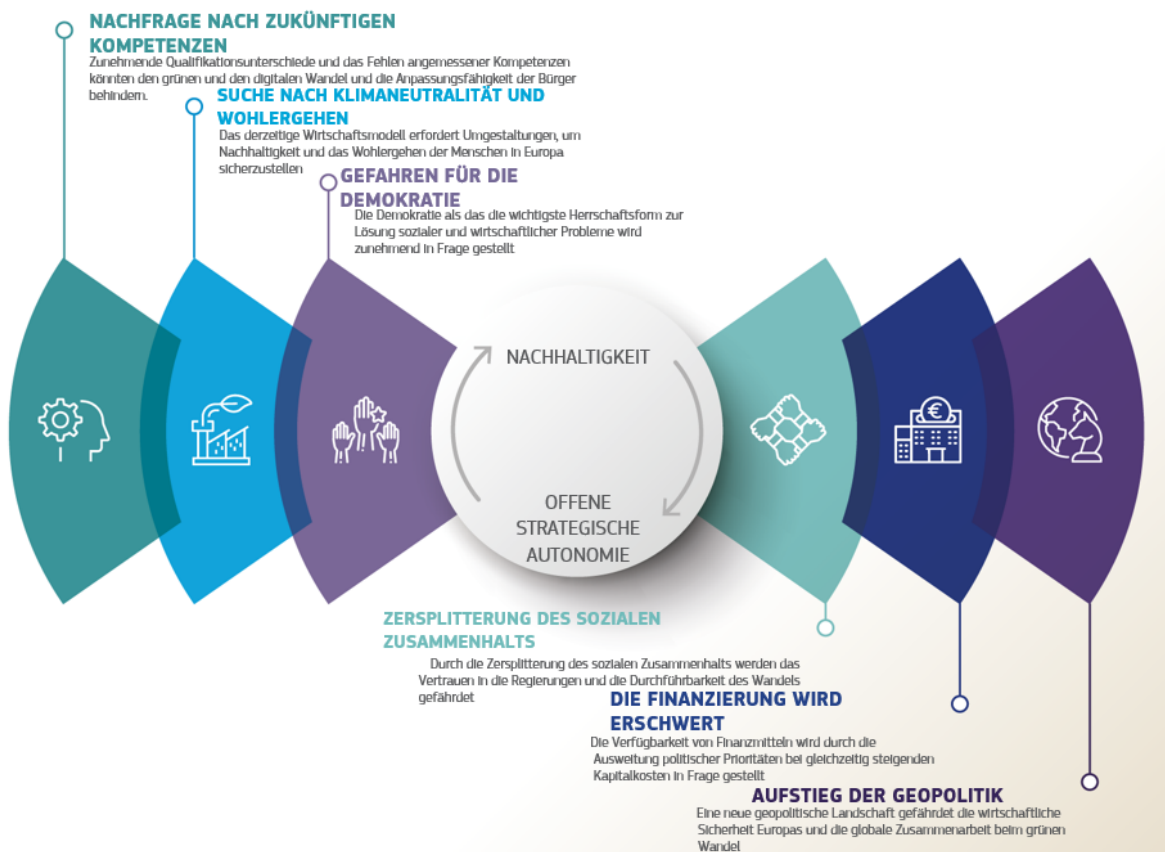
Widerstandsfähigkeit gesichert werden. Ferner wird untersucht, inwiefern Europas globale Rolle gestärkt werden kann, indem langfristig ein inklusives Wohlergehen angestrebt, ein Weg hin zur Nachhaltigkeit eingeschlagen und die Demokratie gefestigt wird.

Auf dieser Grundlage werden in dieser Vorausschau **zehn Handlungsbereiche** vorgeschlagen, um die Ziele eines sozial und wirtschaftlich nachhaltigen Europas mit einer stärkeren Rolle in der Welt in den kommenden Jahren zu erreichen.

II. Wichtige Schnittstellen zwischen sozialen und wirtschaftlichen Nachhaltigkeitsproblemen

Wir befinden uns in einer Zeit permanenter und mannigfaltiger Krisen in Verbindung mit den zunehmenden Auswirkungen des Klimawandels und der Umweltprobleme, der COVID-19-Pandemie und dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Neue Konflikte und die Eskalation bestehender Konflikte, Massenvertreibungen, Finanzkrisen oder Pandemien sind weitere Beispiele für mögliche Krisen, mit denen wir in Zukunft konfrontiert sein könnten. Schließlich führt der beispiellose Umfang des Wandels zu verschiedenen Herausforderungen, die soziale und wirtschaftliche Aspekte der Nachhaltigkeit betreffen (Abbildung 1). Ihre Schnittstellen und kombinierten Effekte müssen berücksichtigt werden, um tragfähige Wege zur Nachhaltigkeit Europas zu ermöglichen.

Abbildung 1: Die wichtigsten Herausforderungen bei der Nachhaltigkeitswende der EU



1. Der Aufstieg der Geopolitik und die Neugestaltung der Globalisierung

Die globale Bühne ist im Wandel und verschiedene internationale Akteure haben neue, oft konfrontativere Rollen übernommen. Mit dem russischen Angriffskrieg gegen die

Ukraine wurden die Grundlagen des Multilateralismus und der regelbasierten internationalen Ordnung infrage gestellt. China tritt in eine neue, auf wirtschaftlichen Einfluss und starkes diplomatisches Auftreten ausgerichtete Ära ein und strebt eine systemische Veränderung der internationalen Ordnung an. Es bleibt ein Systemrivale und wirtschaftlicher Konkurrent und ist gleichzeitig ein multilateraler Partner. Die USA verfolgen einen Kurs der tiefgreifenden Integration von Innen- und Außenpolitik. Dazu gehört die Stärkung der industriellen Basis, der Schutz von Technologien der nächsten Generation, die Zusammenarbeit mit internationalen Partnern zur Entwicklung von Wirtschaftspartnerschaften mit Fokus auf globale Herausforderungen und die Mobilisierung von Investitionen in Schwellenländer³. Die USA bleiben auch weiterhin der strategische Partner der EU. Gleichzeitig wird durch den strategischen Kurs Chinas und der USA die geopolitische, wirtschaftliche und technologische globale Rivalität verschärft. Wir beobachten auch ein wachsendes Streben der Schwellenländer nach Einfluss und Vertretung in internationalen Foren. Dazu gehören Mächte mit unterschiedlichen Governance-Modellen und Werten, Hedging-Länder (die eine Mischung aus kooperativen und konfrontativen Strategien einsetzen) sowie kleinere und fragile Staaten, die Klimagerechtigkeit einfordern. Dies stellt eine wirksame internationale Zusammenarbeit in transnationalen Fragen wie dem Klimawandel oder der Energiewende in Frage, auch wenn deren Dringlichkeit nur noch zunimmt.

Die weltpolitischen Spannungen gehen mit einem „Kampf der Narrative“ einher, der sich zunehmend in einen „Kampf der Angebote“ verwandelt und sowohl die globale öffentliche Meinung als auch das Handeln der Regierungen beeinflusst. Die EU hat das Global Gateway zur Unterstützung intelligenter Investitionen in hochwertige Infrastrukturen unter Einhaltung der höchsten Sozial- und Umweltstandards im Einklang mit den europäischen Werten und Normen vorgeschlagen. Die Narrative der EU und im weiteren Sinne der westlichen Welt werden jedoch zunehmend infrage gestellt. So leben zum Beispiel zwei Drittel der Weltbevölkerung in Staaten, die trotz eklatanter Verletzung der Grundprinzipien des Völkerrechts durch Russland eine neutrale oder russlandfreundliche Haltung einnehmen.⁴ Dies ist zum Teil auf Propaganda, Fehlinformationen und Desinformation zurückzuführen, mittels derer versucht wird, nationale und globale Sichtweisen zu beeinflussen, und die zunehmend durch soziale Medien und die irreführende Nutzung generativer künstlicher Intelligenz noch verstärkt werden.

Da auf die EU nur 6,9 % der Treibhausgasemissionen und rund 5 % der Weltbevölkerung entfallen, werden weltweite Akzeptanz und Zusammenarbeit bei der Bewältigung dieser Herausforderungen von entscheidender Bedeutung sein.⁵ Gleichzeitig bestehen für mehrere Schwellen- und Entwicklungsländer in einer Zeit globaler wirtschaftlicher Turbulenzen größere Schwierigkeiten, die CO₂-Emissionen zu senken, obwohl sie in zunehmendem Maße Klimagefahren ausgesetzt sind. Sie äußern auch Bedenken

³ Ausführungen des US-Sicherheitsberaters Jake Sullivan zur Erneuerung der wirtschaftlichen Führungsrolle Amerikas an der Brookings Institution vom 27. April 2023.

⁴ 36 % der Weltbevölkerung leben in Ländern, die Russland aktiv verurteilten und Sanktionen gegen Russland verhängten sowie annähernd ein Drittel in einem Land, das neutral geblieben ist. Weitere 32 % schließlich leben in Staaten, deren Regierung Russlands Handlungen oder Narrativ unterstützt. Howey, W. (2022), *Russia can count on support from many developing countries* (Russland kann auf die Unterstützung vieler Entwicklungsländer zählen), <https://www.eiu.com/n/russia-can-count-on-support-from-many-developing-countries/>.

⁵ EDGAR – Emissions Database for Global Atmospheric Research (EDGAR – Emissionsdatenbank für globale Atmosphärenforschung), Europäische Kommission.

hinsichtlich einiger der neuesten grünen Initiativen der EU, da diese zu Hemmnissen für ihre Entwicklung werden könnten. Dies gilt insbesondere für viele afrikanische, lateinamerikanische und asiatische Länder, in denen der wirtschaftliche Einfluss Chinas erheblich ist, und das Konzept der EU, das auf einer Partnerschaft zwischen Gleichen beruht, muss verstärkt werden. Die internationalen Beziehungen werden zunehmend transaktionsbezogener, da immer mehr Länder auf der Suche nach den vorteilhaftesten Partnerschaften sind. Dies führt zu einem sich rasant verschärfenden „Angebotsstreit“ (z. B. in Bezug auf Finanzierung, Infrastrukturentwicklung oder Unterstützung für die Energiewende) und zu Initiativen wie der „Neuen Seidenstraße“ Chinas oder der „Partnership for Global Infrastructure and Investment“ (Partnerschaft für globale Infrastruktur und Investitionen) der G7⁶. Dies ist auch ein „Systemkampf“ zwischen demokratischen und autoritären Staatsformen.

Die Globalisierung, wie wir sie kennen, wird grundlegend infrage gestellt. Mit multilateralen Regeln, Normen und Institutionen wurde ein Rahmen für die globale wirtschaftliche Integration und den freien Handel geschaffen, der Millionen von Menschen aus der Armut befreit hat. Die wachsende Zahl an Herausforderungen und aufkommenden Bedrohungen zeigt jedoch, dass dieses Globalisierungsmodell zunehmend unter Druck gerät. Die Pandemie hat die Anfälligkeit der globalen Lieferketten deutlich gemacht und die strategische Abhängigkeit der EU aufgezeigt. Die zunehmende geoökonomische Konfrontation führt zu einer weiteren Neuordnung der globalen Handels- und Investitionsströme. Dies erhöht das Risiko von Handelsbeschränkungen und Störungen der Lieferketten und behindert die Verbreitung umweltfreundlicher Waren, Dienstleistungen und Technologien. Sie kann auch die Abhängigkeit der EU verschärfen, etwa hinsichtlich des Zugangs zu kritischen Rohstoffen, die für den grünen und den digitalen Wandel benötigt werden, und die strategischen Bereiche der EU (von Batterien bis zu Mikrochips) vor Herausforderungen stellen. Darüber hinaus kann die Suche nach widerstandsfähigen Lieferketten auch für die Umwelt (z. B. durch Rückverlagerung der Industrietätigkeit, erhöhtes Interesse am Abbau in umkämpften Gebieten) und die Wirtschaft (z. B. durch Ausübung von Druck auf öffentliche Haushalte und lokale Arbeitsplätze in exportorientierten Branchen) Folgen haben. Diese Triebkräfte wirken sich allmählich auf die Politik der EU aus, auch in Bereichen, die zuvor hauptsächlich als nationale Angelegenheiten betrachtet wurden, wodurch sektorbezogene Konzepte der Politikgestaltung infrage gestellt werden. In diesem Zusammenhang gewinnen die verstärkten Bemühungen um die Aufrechterhaltung des Multilateralismus und die Reform der Welthandelsorganisation an Dringlichkeit.

2. Streben nach einer nachhaltigen Wirtschaft und nach Wohlergehen

Die EU befindet sich an einem entscheidenden Punkt, an dem politische Entscheidungsträger und Unternehmen gemeinsame Anstrengungen unternehmen müssen, um eine führende Position im weltweiten Wettlauf hin zu einer klimaneutralen Industrie sicherzustellen. Nachhaltigkeit wird ein wichtiger langfristiger Wettbewerbsvorteil

⁶ Mit der Partnership for Global Infrastructure and Investment der G7, zu der das Global Gateway der EU gehört, soll der Finanzierungsbedarf für qualitativ hochwertige Infrastruktur in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen angegangen werden.

der EU sein⁷, wodurch sich der Marktanteil der EU bei den entsprechenden Produkten, Dienstleistungen und Technologien erhöht und weltweite Investitionen und Talente angezogen werden. Die EU hat bereits erhebliche Anstrengungen unternommen, um verschiedene grüne Technologien und Lösungen zu unterstützen, von Wasserstoff, neuen Werkstoffen bis hin zu Wasserkreislauf oder inhärenter Nachhaltigkeit. Dennoch werden angesichts des zunehmenden globalen Wettbewerbs die verstärkte Unterstützung von Forschung, Entwicklung und Produktion im Bereich strategischer klimaneutraler Technologien⁸, die Umsetzung einer anspruchsvollen Strategie für wirtschaftliche Sicherheit⁹ und die Förderung¹⁰ von Investitionen in entscheidenden Bereichen, in denen eine hohe Abhängigkeit der EU besteht, für die Stärkung ihrer offenen strategischen Autonomie von entscheidender Bedeutung¹¹ sein.

Der zunehmende Druck auf die sozialen und wirtschaftlichen Aspekte der Nachhaltigkeit schürt die Debatte über die Notwendigkeit eines neuen Wirtschaftsmodells, das auf das Wohlergehen von Mensch und Natur ausgerichtet ist. Die überwiegende Konzentration auf wirtschaftliche Faktoren ohne angemessene Berücksichtigung der Qualität von Wachstum und Arbeitsplätzen hat zu nicht nachhaltigen Produktions- und Konsumpraktiken geführt. Gleichzeitig bilden die nicht unbegrenzten Umweltressourcen die eigentliche Grundlage der Wirtschaftstätigkeit: So sind beispielsweise 72 % der 4,2 Millionen Unternehmen im Euro-Währungsgebiet in hohem Maße von mindestens einer naturbezogenen Dienstleistung wie Bestäubung, sauberem Wasser, gesundem Boden oder Holz abhängig.¹² Die Vermeidung von Störungen kritischer natürlicher Systeme wie des Wasserkreislaufs, die Einhaltung der Belastbarkeitsgrenzen unseres Planeten und die Eindämmung des Verlusts an biologischer Vielfalt sind daher wesentliche Voraussetzungen für widerstandsfähige Gesellschaften und nachhaltige Volkswirtschaften. Da diese Wechselbeziehung zwischen Wirtschaft und Umwelt immer deutlicher wird, wird sie auch zu einer Frage der Generationengerechtigkeit: Die Anpassung des Wirtschaftsmodells wird die Grundlage für das Wohlergehen und den materiellen Wohlstand künftiger Generationen sein, einschließlich der Art und Weise, wie wirtschaftliche Gewinne verteilt werden. Das Europäische Semester stützt sich auf die vier Dimensionen wettbewerbsfähiger Nachhaltigkeit: Umweltstabilität, soziale Gerechtigkeit, Produktivität und makroökonomische Stabilität. Angesichts der aufgeführten Probleme sind jedoch zusätzliche Methoden erforderlich, um Fortschritt und Wohlstand zu erfassen, die über das Bruttoinlandsprodukt (BIP) hinausgehen.

⁷ University of Cambridge Institute for Sustainability Leadership (CISL), (2022) <https://www.cisl.cam.ac.uk/competitive-sustainability-index>.

⁸ Netto-Null-Industrie-Verordnung, COM(2023) 161 final.

⁹ Europäische Strategie für wirtschaftliche Sicherheit, JOIN(2023) 20 final.

¹⁰ Bewertung des Investitionsbedarfs und der Verfügbarkeit von Finanzmitteln zur Stärkung der Produktionskapazitäten der EU für Netto-Null-Technologie, SWD(2023) 68 final.

¹¹ Spanien hat zusammen mit anderen Mitgliedstaaten im Rahmen des EU-weiten Netzes für strategische Vorausschau eine spezielle Methode entwickelt, um aktuelle und künftige Abhängigkeiten in vier kritischen Sektoren (Energie, digitale Technologie, Gesundheitswesen und Lebensmittel) zu analysieren und sich dabei auch auf die von der Kommission vorgeschlagene Methodik (siehe SWD(2021) 352 final, SWD(2022) 41 final, WP2023/14) gestützt. Daraus resultierend wurden Empfehlungen zur Stärkung der offenen strategischen Autonomie der EU, einschließlich ihrer wirtschaftlichen Sicherheit, sowie zur Festigung ihrer weltweiten Führungsrolle bis 2030 erarbeitet.

¹² Elderson, F., (2023), <https://www.ecb.europa.eu/press/blog/date/2023/html/ecb.blog230608~5cffb7c349.en.html>.

Anpassung des BIP an verschiedene Faktoren

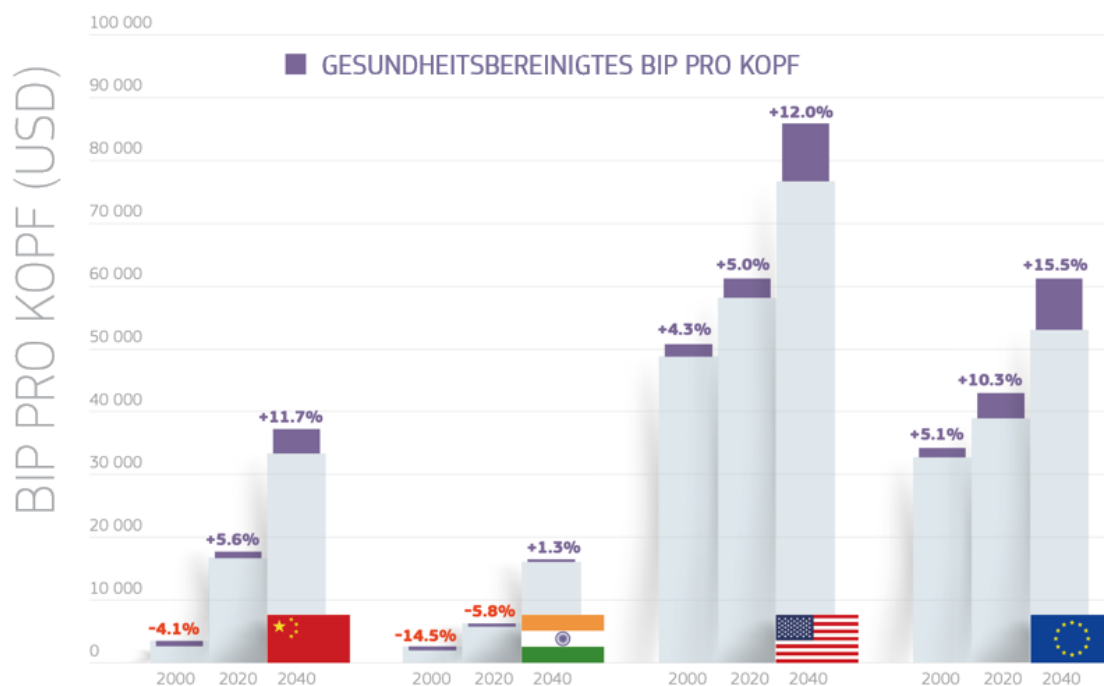
Seit 90 Jahren ist das BIP einer der am häufigsten verwendeten Wirtschaftsindikatoren und bleibt der wichtigste Indikator für die Wirtschaftsleistung eines Landes. Gleichzeitig wurde bereits in den siebziger Jahren über dessen beschränkte Aussagekraft nachgedacht. Angesichts jüngster Entwicklungen wie des Klimawandels und der Pandemie ist immer deutlicher geworden, dass das BIP als Maß für den Fortschritt unvollständig ist, da es wichtige ökologische oder soziale Herausforderungen unserer Zeit nicht in vollem Umfang berücksichtigt. Hierfür ist die Entwicklung komplementärer Parameter (und ihre schrittweise Einbindung in die Politikgestaltung) erforderlich, mittels derer die Nachhaltigkeitswende der EU und ihre Leistung im globalen Vergleich besser verfolgt werden können.

In Weiterverfolgung der früheren Ausgaben der strategischen Vorausschau hat die Kommission mit der internen Ausarbeitung von Parametern für nachhaltiges und inklusives Wohlergehen in der EU begonnen, um das BIP zu ergänzen. Hierbei sind erstmals verschiedene Arbeitsbereiche vereint, mit dem Ziel, Informationsgrundlagen für die künftige Politikgestaltung der EU zu bieten.

Eine Option zur Entwicklung von über das BIP hinausgehenden Parametern besteht darin, den relevanten Faktoren des Wohlergehens monetäre Werte zuzuweisen und diese zur „Anpassung“ des BIP zu verwenden. Dazu können verschiedene Aspekte der Lebensqualität (z. B. Gesundheit, Bildung und Erholung), unbezahlte Pflege-, Betreuungs- und Hausarbeit, Ungleichheiten, Kosten für Umweltschäden (z. B. Umweltverschmutzung und Treibhausgasemissionen) oder die Erschöpfung natürlicher Ressourcen gehören. Die Ergebnisse eines Pilotprojekts sind nachstehend aufgeführt¹³, wobei die Lebenserwartung als Näherungswert für die gesundheitliche Dimension des Wohlbefindens verwendet wird. Dabei wird das gesundheitsbereinigte BIP (pro Kopf) für die EU, die USA, China und Indien in den Jahren 2000, 2020 und 2040 angegeben. Es wird weiter an der Entwicklung von weiteren ergänzenden, über das BIP hinausgehenden Indikatoren gearbeitet, um ausgewählte Faktoren wie Ungleichheiten oder Umweltschäden zu berücksichtigen. Die Bereinigung der Ungleichheit kann durch „Abzinsung“ des Durchschnittseinkommens (BIP pro Kopf) entsprechend dem Niveau der Einkommensungleichheit erreicht werden. Umweltschäden können berücksichtigt werden, indem ihr geschätzter wirtschaftlicher Schaden abgezogen wird. Dies steht im Einklang mit der in der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung verankerten globalen Verpflichtung, Messgrößen für den Fortschritt bei der nachhaltigen Entwicklung zu entwickeln, die das BIP ergänzen. Ein über das BIP hinausgehender Ansatz wird auch im Rahmen des Reformprozesses des internationalen Finanzsystems geprüft.

¹³ Für Einzelheiten zur angewandten Methodik, Datenquellen, zusätzliche Ergebnisse und eine Sensitivitätsanalyse siehe *Health-adjusted income: complementing GDP to reflect the valuation of life expectancy* (Gesundheitsbereinigtes Einkommen: Ergänzung des BIP zur Berücksichtigung der Bewertung der Lebenserwartung), JRC Technical Report, JRC134152, <https://publications.jrc.ec.europa.eu/repository/handle/JRC134152>

Abbildung 2: Die Anpassung des Pro-Kopf-BIP an die Lebenserwartung ergibt für die EU eine größere Aufwärtskorrektur (in %) im Vergleich zu den USA, China und Indien



Die grauen Spalten zeigen den Wert des Pro-Kopf-BIP in fester Jahres-KKP und die violetten Spalten die angepasste Version derselben BIP-Zahlen. Die grauen Spalten zeigen den Wert des Pro-Kopf-BIP in fester Jahres-KKP und die violetten Spalten die angepasste Version derselben BIP-Zahlen. Um den Anpassungswert zu erhalten, wird ein Referenzwert für die Sterblichkeit festgelegt und die Bereitschaft der Bevölkerung berechnet, für das Erreichen dieses Wertes zu zahlen. Die Zahlen beziehen sich auf die weltweite Überlebenskurve, die für 2050 als Referenzwert projiziert wird. Die EU-Daten umfassen 24 Länder (für Kroatien, Zypern und Malta liegen keine Projektionen vor).

Die Korrektur des BIP der EU nach oben würde 2040 15,5 % betragen und damit über derjenigen der USA (12,0 %), Chinas (11,7 %) und Indiens (1,3 %) liegen. Die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate des unbereinigten BIP im Zeitraum 2000-2040 beträgt für die EU 1,33 %, während die des bereinigten BIP 1,57 % beträgt. Darüber hinaus führt die Anpassung des BIP an die Lebenserwartung bei der EU im Jahr 2040 zu einem höheren Anteil des bereinigten BIP am Gesamt-BIP als dem der vier Volkswirtschaften zusammengenommen (dies entspricht für das BIP 19,8 % gegenüber 18,9 %).

Die Abkopplung des Wirtschaftswachstums von der Ressourcennutzung wird die zentrale Herausforderung für ein neues Wirtschaftsmodell sein. Europa konnte trotz anhaltenden Wachstums eine erhebliche Reduzierung der CO₂-Emissionen erreichen. Bahnbrechende Forschung und Innovation sowie eine schnellere Einführung von Technologien werden weiterhin von entscheidender Bedeutung für das Erreichen der Nachhaltigkeitsziele sein. Technologien allein reichen jedoch möglicherweise nicht aus. Der Inlandsfußabdruck der

EU¹⁴ ist im letzten Jahrzehnt bereits um 13 % zurückgegangen, und dieser Trend dürfte sich mit weiteren Innovationen fortsetzen. Allerdings hat sich der Verbrauchsfußabdruck der EU, der die Auswirkungen des Handels auf die Umwelt anzeigt, um 4 % erhöht¹⁵. In der Zwischenzeit haben die derzeitigen globalen Konsummuster bereits zu einer Überschreitung der meisten planetarischen Grenzen geführt, und diese negativen Auswirkungen werden ausgehend von den aktuellen Trends bis 2030 voraussichtlich weiter zunehmen¹⁶. So werden beispielsweise in Ländern mit hohem Einkommen 40 % der Nahrungsmittel verschwendet.¹⁷ Im Laufe der Zeit kann eine Senkung der Emissionen durch Verringerung der Umweltverschmutzung und des Abfallaufkommens durch Kreislaufwirtschaft, Ressourcen- und Energieeffizienz sowie durch Suffizienzmaßnahmen erreicht werden.¹⁸ Ebenso könnten die Auswirkungen auf die natürlichen Ökosysteme mit effizienteren Produktions- und Verbrauchsmodellen in den Agrar- und Fischereisektoren verringert werden.

Verhaltens- und Konsumänderungen können einen großen Unterschied machen. So könnten beispielsweise einigen Schätzungen zufolge die Emissionen bis 2050 durch Maßnahmen zur Eindämmung der Nachfrage, einschließlich Änderungen im Verhalten und in der Lebensweise (Anreize für nachhaltigere und gesündere Ernährung oder Reisen, Reduzierung von Lebensmittel- oder Textilabfällen, Verringerung des Energie- und Wasserverbrauchs usw.) oder der Infrastrukturnutzung (Renovierung von Gebäuden, Sicherstellung eines nachhaltigen Verkehrs usw.) weltweit um bis zu 40-70 % gesenkt werden.¹⁹ Gleichzeitig könnte dadurch auch das Wohlbefinden verbessert werden. Es kommt jedoch nicht nur auf die Ausgestaltung der vorgeschlagenen Maßnahmen an, sondern auch auf ihre Wahrnehmung und ihre Auswirkungen auf das Verhalten. Der Übergang zu nachhaltigeren Verhaltensweisen und zu nachhaltigerem Konsum kann als positiv wahrgenommen und besser angenommen werden, wenn dabei Gerechtigkeit und Lebenszufriedenheit im Mittelpunkt stehen.²⁰ Bleibt dies unberücksichtigt, werden die vorgeschlagenen Maßnahmen zu öffentlichem Widerstand führen, und ihre Einführung wird dann gebremst oder gar verhindert.²¹

¹⁴ Der Inlandsfußabdruck quantifiziert die Umweltauswirkungen der inländischen Produktion und des inländischen Verbrauchs anhand einer Reihe von lebenszyklusbasierten Indikatoren.

¹⁵ *Consumption Footprint and domestic Footprint* (Verbrauchsfußabdruck und Inlandsfußabdruck), Europäische Kommission, (2023), <https://doi.org/10.2760/218540>.

¹⁶ *Zero pollution – Outlook 2022* (Schadstofffreiheit – Ausblick 2022), Europäische Kommission, (2022), <https://doi.org/10.2760/39491>.

¹⁷ United Nations' World Food Programme (Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen), <https://www.wfpusa.org/drivers-of-hunger/food-waste/>, Version vom 12. Juni 2023.

¹⁸ Siehe zum Beispiel: *Versailles Statement: The crucial decade for energy efficiency (8 June 2023)* (Erklärung von Versailles: Die entscheidende Dekade für Energieeffizienz, 8. Juni 2023), <https://iea.blob.core.windows.net/assets/2de1ef68-c97a-4fdb-b8be-fb12b693893e/IEA8thGlobalConferenceonEnergyEfficiencyJointStatement.pdf>.

¹⁹ Intergovernmental Panel on Climate Change, (2023) (Weltklimarat 2023), <https://www.ipcc.ch/report/ar6/syr/>.

²⁰ Binder, M., und Blankenberg, A. K., (2017), <https://doi.org/10.1016/j.jebo.2017.03.009>.

²¹ France Jagers, S. C., Martinsson, J., & Matti, S., (2019), <https://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/14693062.2018.1470963>.

3. Zunehmende Dringlichkeit, für eine ausreichende Finanzierung zu sorgen

Der ökologische Wandel erfordert beispiellose Investitionen. Insgesamt werden zusätzliche Investitionen von mehr als 620 Mrd. EUR jährlich erforderlich sein, um die Ziele des Grünen Deals und des RepowerEU-Plans zu erreichen. Der weitaus größte Teil davon wird aus privaten Mitteln stammen müssen.²² Auch wird den Haushalten der Mitgliedstaaten eine wichtige Funktion zukommen. Die EU wird im Zeitraum 2021-2027 bereits 578 Mrd. EUR – mindestens 30 % des Unionshaushalts – für klimarelevante Maßnahmen ausgeben. Dennoch sind die Kosten und Folgen der Klima- und Biodiversitätskrise nicht in vollem Umfang bekannt. Die zunehmenden Auswirkungen extremer Wetterereignisse führen bereits heute zu schweren wirtschaftlichen Verlusten. Sie belaufen sich beispielsweise für Dürren auf etwa 9 Mrd. EUR²³ und für Flussüberschwemmungen auf 7,6 Mrd. EUR²⁴ jährlich. Zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit gegenüber dem Klimawandel in Schlüsselbereichen wie Verkehrsinfrastruktur, Digitalisierung, Energie, Ressourcenspeicherung, Gesundheit, Lebensmittel, Gebäude oder Produktionsanlagen werden ebenfalls erhebliche Ressourcen notwendig sein. Darüber hinaus könnte durch die zunehmende Häufigkeit von Klimakatastrophen ein Versicherungsschutz für Haushalte und viele Unternehmen unerschwinglich werden²⁵ und sich der Druck auf die öffentlichen Haushalte weiter erhöhen. Die bevorstehende europäische Klimarisikobewertung wird weitere Erkenntnisse über klimabezogene Risiken liefern. All dies spricht ebenfalls für Prävention: Jeder Euro, der in Frühwarnsysteme investiert wird, bringt durchschnittlich 131 EUR aus vermiedenen Verlusten und Kosten von Antwortmaßnahmen sowie aus zusätzlichem gesellschaftlichem Nutzen zurück.²⁶

Andere strategische Investitionen nehmen ebenfalls zu. Die Überbrückung der Investitionslücke der EU für den digitalen Wandel wird mindestens 125 Mrd. EUR jährlich kosten.²⁷ Die Kosten der neuen Geopolitik werden ebenfalls hoch sein: So stiegen beispielsweise die Verteidigungsausgaben der Mitgliedstaaten im Jahr 2021 erheblich auf 214 Mrd. EUR, wobei bis 2025 zusätzliche Ausgaben in Höhe von 75 Mrd. EUR für den Aufbau angemessener Verteidigungsfähigkeiten prognostiziert werden.²⁸ Der Wiederaufbau

²² SWD(2023) 68 final und COM(2022) 438 final. Zudem werden nach der Netto-Null-Industrie-Verordnung für den Zeitraum 2023-2030 insgesamt 92 Mrd. EUR benötigt.

²³ Kombinierte Zahlen für die EU und das Vereinigte Königreich; Naumann, G. et al., (2021), <https://doi.org/10.1038/s41558-021-01044-3>.

²⁴ Kombinierte Zahlen für die EU und das Vereinigte Königreich; Dottori, F., et al., (2023), <https://doi.org/10.1038/s41558-022-01540-0>.

²⁵ Derzeit ist nur etwa ein Viertel der klimabedingten Katastrophenschäden in der EU versichert. Siehe Europäische Zentralbank, Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung, (2022), https://www.ecb.europa.eu/pub/pdf/other/ecb.policyoptions_EIOPA~c0adae58b7.en.pdf.

²⁶ Weltbank, (2021), <http://hdl.handle.net/10986/35686>.

²⁷ Die Stunde Europas – Schäden beheben und Perspektiven für die nächste Generation eröffnen, COM(2020) 456 final.

²⁸ Europäische Verteidigungsagentur, (2022), <https://doi.org/10.2836/97270>.

der Ukraine schließlich wird in den nächsten zehn Jahren von allen Partnern 384 Mrd. EUR erfordern.²⁹

Gleichzeitig stellt der demografische und wirtschaftliche Wandel für die öffentlichen Haushalte eine Herausforderung auf allen Ebenen dar. So könnte beispielsweise die Altersabhängigkeitsquote von 34,4 % im Jahr 2019 auf 59,2 % im Jahr 2070 ansteigen, was zu einem möglichen Anstieg der alterungsbedingten Ausgaben um zwei Prozentpunkte auf 26 % des BIP führen könnte.³⁰ Im bestehenden EU-Steuerrahmen, der hauptsächlich auf der Besteuerung von Arbeit einschließlich Sozialbeiträgen beruht, werden die derzeitigen Veränderungen nicht berücksichtigt.³¹ Da der Anteil der Menschen im erwerbsfähigen Alter in den kommenden Jahrzehnten drastisch zurückgehen wird und das Produktivitätswachstum diese Entwicklung wahrscheinlich nicht ausgleichen wird, werden sich durch die Besteuerung des Faktors Arbeit sehr wahrscheinlich nicht mehr die gleichen Einnahmen wie zum jetzigen Zeitpunkt generieren lassen. Außerdem gewinnen durch den wirtschaftlichen Wandel und die Globalisierung immaterielle Vermögenswerte und eine höhere internationale Mobilität von Wirtschaftstätigkeiten zunehmend an Bedeutung. Darüber hinaus wird der ökologische Wandel selbst Folgen haben. Er könnte aufgrund des Ausstiegs aus fossilen Brennstoffen, eines veränderten Konsumverhaltens und von Wachstumsschwankungen zur Verkleinerung der traditionellen Steuerbemessungsgrundlage beitragen. Gleichzeitig kann dies bis zu einem gewissen Maß durch neue nachhaltige Tätigkeiten, Erzeugnisse und Dienstleistungen ausgeglichen werden. Auch könnten neue Formen der Besteuerung (z. B. von CO₂-Emissionen, Abfall, nicht nachhaltigen oder ungesunden Erzeugnissen und Dienstleistungen) zur Ergänzung der Besteuerung der Arbeit und der Förderung der Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen und des Wohlfahrtsstaats an Bedeutung gewinnen.

Voraussetzung für die Nachhaltigkeitswende ist die Sicherstellung einer ausreichenden und raschen Finanzierung durch die Privatwirtschaft. Daher wird es für den öffentlichen Sektor wesentlich sein, sich auf die Erschließung privater Investitionen zu konzentrieren und gleichzeitig Verdrängungseffekte auf die private Finanzierung oder einen Subventionswettbewerb zwischen den Volkswirtschaften zu vermeiden. Die EU hat einen umfassenden Rahmen für ein nachhaltiges Finanzwesen entwickelt, der Unternehmen und den Finanzsektor dabei unterstützt, ihre für die Nachhaltigkeitswende erforderlichen Investitionen auszuweiten. Bestandteile dieses Rahmens sind ein Klassifizierungssystem (Taxonomie), die Offenlegung von Informationen über nachhaltige Investitionen, Klimareferenzwerte und grüne Anleihen. Es bestehen jedoch immer noch verschiedene Herausforderungen. Die Kluft bei den produktiven Investitionen zwischen der EU und den USA hat sich seit der Finanzkrise von 2008 vergrößert und erreichte 2022 2 % des BIP.³² Darüber hinaus werden Privatinvestitionen durch das Fehlen

²⁹ Auf der Grundlage einer gemeinsamen Bewertung durch die Regierung der Ukraine, die Weltbankgruppe, die Europäische Kommission und die Vereinten Nationen. Quelle: World Bank, *Ukraine Rapid Damage and Needs Assessment: February 2022 - February 2023* (Weltbank, Schnelle Bewertung der Schäden und des Bedarfs der Ukraine: Februar 2022 - Februar 2023).

³⁰ *The 2021 Aging Report* (Bericht über die Bevölkerungsalterung 2021), Europäische Kommission, (2021), <https://doi.org/10.2765/84455>.

³¹ Eine Unternehmensbesteuerung für das 21. Jahrhundert, COM(2021) 251 final.

³² Europäische Investitionsbank, (2023), <https://doi.org/10.2867/307689>.

eines echten Kapitalbinnenmarkts und einer vollständigen Bankenunion erschwert. Dies behindert die Kanalisierung höherer Ersparnisse in der EU zur Finanzierung künftigen Wachstums (der Überschuss an inländischen Ersparnissen gegenüber inländischen Investitionen in der EU betrug in den letzten zehn Jahren durchschnittlich nahezu 300 Mrd. EUR³³). Während den Banken weiterhin eine wesentliche Funktion bei der Finanzierung der EU-Wirtschaft zukommen wird, muss mehr getan werden, um die Finanzierungsquellen zu diversifizieren. So ist beispielsweise die Höhe der Risikokapitalinvestitionen in der EU, obwohl zu den USA aufschließend, immer noch unzureichend, insbesondere bei der Finanzierung nach der Startphase, und erfolgreiche europäische Start-ups und Scale-ups haben Schwierigkeiten, sich in der EU das für das Wachstum erforderliche Kapital zu beschaffen. Dies führt zu einer geringeren Innovationsrate, und das Potenzial der Kapitalmärkte zur Finanzierung des Wandels bleibt unterentwickelt. Zu den weiteren Hindernissen zählen die erwartete Verlangsamung des Produktivitätswachstums und die nach der Pandemie aufgelaufenen Unternehmensschulden.³⁴ Verschärft wird dies noch durch steigende Kreditkosten³⁵, was auch die Bedenken hinsichtlich der Fähigkeit der Privatwirtschaft verstärkt, die notwendigen Investitionen, insbesondere im Bereich der erneuerbaren Energien, sofort zu tätigen³⁶. Und schließlich werden öffentliche Instrumente zur Mobilisierung privater Investitionen manchmal zu risikoscheu eingesetzt, um Investitionen in risikoreiche, renditeschwache oder zukunftsorientierte Projekte anzustoßen.

4. Steigende Nachfrage nach Fertigkeiten und Kompetenzen für eine nachhaltige Zukunft

Der Wandel erfordert starke europäische Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung, in denen der Anpassungsfähigkeit ein hoher Stellenwert eingeräumt wird. Die Verfügbarkeit von Arbeitskräften mit den entsprechenden technischen und persönlichen Kompetenzen wird für die Tragfähigkeit der Übergänge und die Wettbewerbsfähigkeit der EU von entscheidender Bedeutung sein. So könnte beispielsweise die Verringerung des MINT-Geschlechtergefälles - für grüne und digitale Technologien von entscheidender Bedeutung - im Jahr 2050 zu einer Verbesserung des Bruttoinlandsprodukts der EU um bis zu 820 Mrd. EUR führen.³⁷ Bereits jetzt ist der Mangel an Personal mit den richtigen Qualifikationen für 85 % der Unternehmen in der EU sowohl in etablierten als auch in neuen Branchen ein zusätzlicher Hinderungsfaktor für Investitionen.³⁸ Arbeitskräftemangel ist in mehreren arbeitsintensiven Branchen wie Gesundheitswesen, Langzeitpflege, Baugewerbe oder Landwirtschaft nicht zuletzt angesichts der alternden europäischen Bevölkerung ein wachsendes Problem. Dies gilt auch für Sektoren, die für den Wandel von entscheidender

³³ Quelle: Eurostat, Zahlungsbilanzdaten (BPM6), Leistungsbilanz plus Kapitalbilanz. Bezugszeitraum: 2013-2022. Die Daten wurden am 28. Juni 2023 extrahiert.

³⁴ Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, *Credit to the non-financial sector (bis.org)*, aktualisiert am 27. Februar 2023.

³⁵ Siehe den zusammengesetzten Kreditaufnahmeindikator der EZB, der im April 2023 im Jahresvergleich um 1,83 Prozentpunkte gestiegen ist.

³⁶ Schnabel, I., (2023), <https://www.ecb.europa.eu/press/key/date/2023/html/ecb.sp230110~21c89bef1b.en.html>.

³⁷ Europäisches Institut für Gleichstellungsfragen, (2017), <https://doi.org/10.2839/538402>.

³⁸ Europäische Investitionsbank, (2023), <https://doi.org/10.2867/307689>.

Bedeutung sind. So benötigt die EU bis 2030 180 000 ausgebildete Arbeitskräfte in der Brennstoffzellen- und Wasserstoffindustrie und bis zu 66 000 in der Photovoltaik³⁹. Gleichzeitig sind die Grundkompetenzen der jungen Menschen in Europa zurückgegangen⁴⁰, und mit der Pandemie haben sich die Lernergebnisse in vielen Mitgliedstaaten verschlechtert⁴¹. Darüber hinaus sind die Arbeitskräfte in der EU zwar so gut ausgebildet wie nie zuvor, jedoch gibt es immer noch 60 Millionen Erwachsene mit geringer Bildung und Qualifikation. Hinzu kommt, dass das Missverhältnis zwischen Qualifikationsangebot und -Nachfrage nicht die einzige Ursache für den Arbeitskräftemangel ist. Es besteht ebenso das Problem der Verfügbarkeit hochwertiger Arbeitsplätze, was mit schlechten Arbeitsbedingungen, Löhnen und Verträgen, mangelnder Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben sowie dem Fehlen von Entwicklungs- oder Karrieremöglichkeiten zusammenhängt. Die demografischen Entwicklungen und der Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter haben erhebliche territoriale Auswirkungen: 82 EU-Regionen, auf die 30 % der europäischen Bevölkerung entfallen, sind von einer Blockade bei der Talententwicklung betroffen oder bedroht⁴². Ohne entsprechende Gegenmaßnahmen wird dies den europäischen Zusammenhalt beeinträchtigen.

Unsere Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung sind der Größenordnung und dem Tempo des Wandels noch nicht gewachsen. Neben den formalen Qualifikationen gewinnen Kompetenzen zunehmend an Bedeutung. Dies geht einher mit einem Wertewandel und dem Streben neuer Generationen nach Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben und sinnvollen Arbeitsplätzen. Digitale Technologien einschließlich generativer künstlicher Intelligenz schaffen neue Lehr- und Lernmöglichkeiten, sowohl für den regulären Schulunterricht als auch für das lebenslange Lernen und das Lernen am Arbeitsplatz. Sie stellen jedoch ebenso eine Herausforderung für die bestehenden Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung dar, etwa hinsichtlich der digitalen Kompetenz von Lehrkräften, pädagogischer Konzepte, der Sicherung der Qualität und Vertrauenswürdigkeit der Systeme und deren Inhalte, der Sicherstellung von Chancengleichheit (z. B. hinsichtlich des Zugangs zu grundlegender technologischer Infrastruktur und Ausrüstung) oder ethischer Belange.

Das Kompetenzproblem geht über rein wirtschaftliche Erwägungen hinaus. Digitale Kompetenz und Qualifikationen werden nicht nur bei der Suche nach hochwertigen Arbeitsplätzen, sondern auch für die aktive Teilnahme am gesellschaftlichen Leben oder die Unterscheidung von Fakten von Fehl- und Desinformation, auch im Zusammenhang mit Nachhaltigkeit, von entscheidender Bedeutung sein. Derzeit verfügen nur 54 % der EU-Bürger über mindestens grundlegende digitale Kompetenzen.⁴³ Darüber hinaus werden Kompetenzen

³⁹ Strategieplan für Energietechnologie, Europäische Kommission, (2018), <https://doi.org/10.2777/04888>.

⁴⁰ Die PISA-Wertung der Leistungsschwäche in den Bereichen Lesen (22,5 %), Mathematik (22,9 %) und Naturwissenschaften (22,3 %) liegt nach wie vor weit über dem EU-Ziel für 2030 von unter 15 % und ist im Vergleich zur Wertung von 2015 gestiegen. Siehe: Europäische Kommission, (2022), <https://www.doi.org/10.2766/117416>.

⁴¹ Covid-19 Learning deficits in Europe (Covid-19-Lerndefizite in Europa), Europäische Kommission, (2023), <https://doi.org/10.2766/881143>.

⁴² Talenterschließung in den Regionen Europas, COM(2023) 32 final.

⁴³ Eurostat, (2022), <https://ec.europa.eu/eurostat/web/products-eurostat-news/-/ddn-20220330-1>.

im Bereich der ökologischen Nachhaltigkeit⁴⁴, zusammen mit zivilgesellschaftlichen und unternehmerischen Fähigkeiten sowie einer gewissen Widerstandsfähigkeit für gemeinschaftsbasierte soziale Innovationen, Handlungsmacht und Teilhabe gleichermaßen von Bedeutung sein. Schließlich sind Qualifikationen auch für den öffentlichen Sektor maßgeblich, da seine Fähigkeit, wirksam zu handeln, durch Kompetenzmangel eingeschränkt werden kann. So gaben 69 % der Kommunen in der EU an, dass ihre klimabezogenen Investitionen durch mangelnde Kompetenz in den Bereichen Umwelt- und Klimabewertung gebremst würden.⁴⁵

Mit der Perpetuierung der Bildungsbenachteiligung von Generation zu Generation werden diese Probleme noch verschärft. So ist die Wahrscheinlichkeit, dass in der EU Schüler mit einem niedrigen sozioökonomischen Status in der Schule schwach abschneiden, 5,6-mal höher als bei Schülern mit einem hohen Status.⁴⁶ Dies zeigt die Grenzen der gegenwärtigen sozialen Mobilität und verringert die Möglichkeit, von den Chancen des Wandels zu profitieren. Dies ist auch einer der Faktoren, die den sozialen Zusammenhalt in der EU beeinträchtigen.

5. Zunehmende Risse im sozialen Zusammenhalt

Der europäische Grüne Deal steht und fällt mit der Fähigkeit, die Menschen in die Lage zu versetzen, erfolgreich am Übergang teilzunehmen und davon zu profitieren. In dieser Hinsicht sind deutliche Fortschritte zu verzeichnen. Betrachtet man den allgemeinen Lebensstandard oder die Gesundheit, genießen die Europäer ein längeres und besseres Leben als frühere Generationen. Ihre Lebensspanne wird sich weiter verlängern. Seit 2004 hat sich ihre gesunde Lebenserwartung um vier Jahre gesteigert und ihnen stehen verschiedene neue Lebens- und Karrieremöglichkeiten offen.⁴⁷ Viele europäische Länder zählen zu den besten Orten für ein glückliches Leben.⁴⁸ Dennoch müssen die Grundlagen des bestehenden Gesellschaftsvertrags gestärkt werden, um verschiedenen Herausforderungen standzuhalten.

Der Klimawandel wird sich auf Regionen ungleich auswirken, wobei die Ärmsten und Schwächsten unverhältnismäßig stark beeinträchtigt sein werden. Haushalte mit niedrigem Einkommen werden am stärksten von höheren Nahrungsmittel-⁴⁹ oder Energiepreisen⁵⁰ betroffen sein, da sie im Allgemeinen weniger Spielraum haben, einen starken

⁴⁴ Kompetenzen im Bereich der Nachhaltigkeit beziehen sich auf miteinander verknüpfte Kenntnisse, Fertigkeiten, Einstellungen und Werte, mit denen je nach Kontext ein wirksames, in der Welt verankertes Handeln in Bezug auf Nachhaltigkeitsprobleme, Herausforderungen und Chancen ermöglicht wird. Siehe: Europäische Kommission, (2022), <https://doi.org/10.2760/13286>.

⁴⁵ Europäische Investitionsbank, (2023), <https://doi.org/10.2867/307689>.

⁴⁶ *Education and training monitor 2022* (Monitor für allgemeine und berufliche Bildung 2022), Europäische Kommission, (2022), <https://www.doi.org/10.2766/117416>.

⁴⁷ Eurostat, [https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/HLTH_SILC_17__custom_6521084/default/table?](https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/HLTH_SILC_17__custom_6521084/default/table?lang=en) lang=en, Daten vom Juni 2023.

⁴⁸ *World Happiness Report*, Helliwell, J. F. et al. (Eds.), (2023), ISBN 978-1-7348080-5-6.

⁴⁹ *The Future of Food and Agriculture* (Die Zukunft der Nahrungsmittelversorgung und der Landwirtschaft), FAO (2022), <https://doi.org/10.4060/cc0959en>.

⁵⁰ Im Jahr 2021 betraf die Energiequote, mit der die Unfähigkeit angegeben wird, den Wohnraum ausreichend warm zu halten, 6,9 % der gesamten EU-Bevölkerung und dürfte weiter steigen. Siehe Eurostat,

Anstieg der Lebenshaltungskosten durch Ersparnisse aufzufangen. Im Vergleich zu anderen Gruppen geben sie auch proportional mehr für lebenswichtige Güter wie Lebensmittel, Strom, Gas, Heizung und Verkehrsmittel aus. Auch leben die Ärmsten oft in stärker verschmutzten Stadtgebieten und sind daher anfälliger für die Auswirkungen der Umweltverschmutzung, insbesondere die gesundheitlichen. 13,7 % der EU-Bürger geben an, dass sie Verschmutzung oder Umweltgefahren ausgesetzt waren.⁵¹ Ebenso sind die schwächsten Teile der Gesellschaft unverhältnismäßig stark von klimabedingten Katastrophen betroffen. Gleichzeitig ist die Anpassungsfähigkeit unserer Gesellschaften und Institutionen in Europa ungleich verteilt.⁵² Darüber hinaus sind Einkommens- und Wohlstandsunterschiede eng mit ökologischer Ungleichheit und dem Beitrag zum Klimawandel verbunden. So emittieren beispielsweise die reichsten 10 % der Europäer pro Kopf mehr als dreimal so viel wie die übrigen Europäer.⁵³ Andere Faktoren wie Alter, Wohnungsart oder Größe der Ballungsräume bestimmen jedoch ebenfalls die Emissionen der privaten Haushalte, wodurch eine potenzielle Haushalts- und Umverteilungspolitik im Zusammenhang mit CO₂-Emissionen noch komplexer wird.⁵⁴

Die Ungleichheit zwischen den Mitgliedstaaten nimmt ab, Ungleichheiten innerhalb der einzelnen Mitgliedstaaten nehmen jedoch zu.⁵⁵ In der Gesellschaft ist der deutliche Eindruck entstanden, dass diese Ungleichheiten ein übermäßiges Ausmaß erreicht haben.⁵⁶ Im Jahr 2021 entfielen 38,2 % des Gesamtäquivalenzeinkommens in der EU auf die 20 % der Bevölkerung mit dem höchsten Einkommen, während auf die 20 % mit dem niedrigsten Einkommen lediglich ein Anteil von 7,9 % entfiel, wobei allerdings erhebliche Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten bestanden.⁵⁷ Diese Zahlen spiegeln sich in der Einstellung der europäischen Bevölkerung wider: 81 % sind der Ansicht, dass die Einkommensungleichheit zu hoch ist.⁵⁸ Viele Europäer in den Regionen und Städten, die von wirtschaftlichem Stillstand und Niedergang betroffen sind, sind zunehmend unzufrieden mit der Ungleichheit hinsichtlich Bildung oder Beschäftigungsmöglichkeiten, sozialer Mobilität, Gleichheit, Lebenserwartung oder Konnektivität. Gleichzeitig ist die Konzentration von Reichtum deutlich ausgeprägter als die Einkommensungleichheit und nimmt allmählich zu.

<https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/bookmark/8f6604d8-6581-4f7b-adde-7a9e53a28caf?lang=en>,
Daten gültig ab Juni 2023.

⁵¹ Eurostat, https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Quality_of_life_indicators_-_Natural_and_Living_Environment, Daten vom September 2022.

⁵² ESPON (2022), CLIMATE, Updating and integrating climate data sets and maps (Klima, Aktualisierung und Integration von Klimadatensätzen und -karten).

⁵³ Europäische Kommission, *Knowledge Centre for Biodiversity* (Wissenszentrum für Biodiversität), (2023), https://knowledge4policy.ec.europa.eu/foresight/who-can-afford-digital-green-transition_en.

⁵⁴ France Stratégie, Pisani-Ferry, J. and Mahfouz, S. (2023), <https://www.strategie.gouv.fr/publications/incidences-economiques-de-laction-climat>.

⁵⁵ *Cohesion in Europe towards 2050* (Kohäsion in Europa bis 2050), SWD(2022) 24 final.

⁵⁶ *Fairness, inequality, and intergenerational mobility* (Gerechtigkeit, Ungleichheit und generationsübergreifende Mobilität), Europäische Kommission, (2023), 2652 / SP529.

⁵⁷ Eurostat, (2022), https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Living_conditions_in_Europe_-_Income_Distribution_and_Income_Inequality, Daten vom November 2022.

⁵⁸ *Fairness, inequality, and intergenerational mobility* (Gerechtigkeit, Ungleichheit und generationsübergreifende Mobilität), Europäische Kommission, (2023), 2652 / SP529.

Dies behindert unmittelbar die Chancengleichheit und den sozialen Aufstieg⁵⁹ und fördert die politische Polarisierung⁶⁰. Statistiken belegen, dass Sozialtransfers die Einkommensungleichheit verringern: 2021 lag der Gini-Koeffizient des Einkommens vor Sozialleistungen bei 52,2 %, sank aber nach deren Berücksichtigung auf 30,1 %⁶¹. Darüber hinaus können die Folgen des Klimawandels auch direkte Auswirkungen auf die Inflationsdynamik haben. Durch den daraus entstehenden Inflationsdruck (z. B. auf die Lebensmittel- oder Energiepreise), zusammen mit einer Verringerung der Kaufkraft, könnte sich die Ungleichheit weiter verschärfen, da die Auswirkungen für Haushalte mit niedrigem und hohem Einkommen sehr unterschiedlich sind. Ohne geeignete Maßnahmen könnten dadurch die Armut, auch die Energiearmut, die soziale Ausgrenzung und die territorialen Ungleichheiten in der EU zunehmen.⁶²

Die Generationengerechtigkeit gewinnt ebenso zunehmend an Bedeutung. Die jungen Menschen in Europa profitieren von großen generationsübergreifenden Verbesserungen. 67 % der Befragten sind der Meinung, dass die EU ihnen bessere Zukunftsperspektiven bietet.⁶³ Sie stehen jedoch auch vor neuen Herausforderungen. Sie verfügen über eine bessere Ausbildung, haben jedoch weniger verfügbares Einkommen als frühere junge Generationen und arbeiten eher in prekären Beschäftigungsverhältnissen.⁶⁴ Folglich haben junge Menschen ältere Menschen als Gruppe mit dem größten Armutsrisiko abgelöst⁶⁵. Im Jahr 2020 geborene Kinder werden im Vergleich zu den im Jahr 1960 Geborenen eine zwei- bis siebenfache Zunahme extremer Wetterereignisse und der damit verbundenen Gesundheitsrisiken erleben⁶⁶. Darüber hinaus sind vor allem junge Menschen von psychischen Problemen betroffen, einschließlich Öko-Angst oder Solastalgie⁶⁷. Dies kann durch die ungesunde Nutzung digitaler Medien und die Auswirkungen der Pandemie noch verstärkt⁶⁸ werden. Mehr als 45 % der jungen Menschen geben an, von solchen Ängsten betroffen zu sein⁶⁹. Aus diesem Grund erwarten sie auch entschlosseneres Handeln: Neun von zehn jungen Menschen in Europa stimmen dem zu, dass sich mit der Bekämpfung des Klimawandels ihre Gesundheit und ihr Wohlbefinden verbessern⁷⁰ würde. Ebenso sind sie über die Staatsverschuldung besorgt, da jüngere Generationen wahrscheinlich mehr zum Wohlfahrtsstaat beitragen, gleichzeitig jedoch weniger von ihm profitieren werden als die vorhergehenden Generationen. Da der relative Anteil der jungen Wähler abnimmt, ist auch die Frage der Generationengerechtigkeit in den politischen

⁵⁹ Eurofound, Darvas, Z. und Midões, C., (2021), <https://doi.org/10.2806/129514>.

⁶⁰ Lipps, J. und Schraff, D., (2021), <https://doi.org/10.1111/1475-6765.12430>.

⁶¹ Eurostat, (2022), https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Living_conditions_in_Europe_-_income_distribution_and_income_inequality&oldid=528159, Daten vom November 2022.

⁶² France Stratégie, Pisani-Ferry, J. und Mahfouz, S., (2023), <https://www.strategie.gouv.fr/publications/incidences-economiques-de-laction-climat>.

⁶³ Future of Europe (Die Zukunft Europas), Europäische Kommission, (2022), 2554/SP517.

⁶⁴ OECD, (2020), <https://doi.org/10.1787/c3e5cb8a-en>.

⁶⁵ OECD, (2015), <https://doi.org/10.1787/9789264235120-en>.

⁶⁶ Thiery, W. et al., (2021), <https://doi.org/10.1126/Science.abi7339>.

⁶⁷ Das Leiden von Menschen, deren direkte Umgebung durch Umweltveränderungen beeinträchtigt wird.

⁶⁸ Marciano, L. et al., (2022), <https://doi.org/10.3389/fpubh.2021.793868>.

⁶⁹ Hickman, C. et al., (2021), [https://doi.org/10.1016/S2542-5196\(21\)00278-3](https://doi.org/10.1016/S2542-5196(21)00278-3).

⁷⁰ Future of Europe (Die Zukunft Europas), Europäische Kommission, (2022), 2554/SP517.

Fokus gerückt. Der Mangel an generationenübergreifender Solidarität im Hinblick auf das Klima und im Hinblick auf wirtschaftliche und gesellschaftliche Probleme kann zu einer politischen Entfremdung der jungen Wähler beitragen und zu einem Gefühl der Ernüchterung, was die Befähigung der derzeitigen politischen Klasse und des gegenwärtigen Systems anbelangt, die generationsübergreifenden Probleme zu lösen.

6. Gefahren für die Demokratie und den bestehenden Gesellschaftsvertrag

Ungleichheiten sind eng mit einem geringeren Vertrauen in die nationalen und EU-Institutionen sowie in die liberale Demokratie insgesamt verbunden⁷¹. Entrechtung, wachsende Unzufriedenheit und das Fehlen einer positiven Agenda führen zu einem Vertrauensverlust in öffentliche Institutionen, zu Polarisierung und einer verstärkten Anziehungskraft extremistischer, autokratischer oder populistischer Bewegungen. Weltweit ist das Demokratieniveau des Durchschnittsbürgers wieder auf den Stand von 1989 gesunken.⁷² Die Demokratie wird als das für die Bewältigung wachsender sozioökonomischer Probleme am besten geeignete Governance-Modell zunehmend infrage gestellt⁷³. In der EU sind einige Grundpfeiler einer funktionierenden Demokratie erschüttert. Dies zeigt sich in den Herausforderungen für die Rechtsstaatlichkeit und einer zunehmend stillen Bürgerschaft, z. B. im stetigen Rückgang der Wahlbeteiligung bei nationalen Wahlen und bei den Wahlen zum Europaparlament in vielen Mitgliedstaaten⁷⁴ oder im zunehmenden Desinteresse am demokratischen Leben im Allgemeinen. So sind beispielsweise 47 % der Bürger der Meinung, dass ihre Stimme in der EU zählt, wohingegen 49 % der Überzeugung sind, dass dies nicht der Fall ist.⁷⁵ Ebenso nimmt die Personalisierung der Politik, bei der politische Entscheidungsträger als wichtiger angesehen werden als politische Parteien, zu. Die Polarisierung der politischen Debatte und das Gefühl der Isolation werden durch Fehl- und Desinformation, Gruppendynamik in sozialen Medien oder diskriminierende Algorithmen⁷⁶ verstärkt. Darüber hinaus fördern Orte, die sich abgehängt fühlen, Desinteresse und Unzufriedenheit. Wenn die Entwicklungsblockaden stagnierender Regionen nicht angegangen werden, wird die Wahrscheinlichkeit, dass die Bürgerinnen und Bürger die europäische Integration und die europäischen Werte unterstützen, in der sogenannten Geografie der Unzufriedenheit abnehmen⁷⁷. Positiv ist, dass sich auch neue Formen politischer Betätigung und sozialer Mobilisierung ergeben. Wird es jedoch versäumt, die Gesundheit der europäischen

⁷¹ Siehe unter anderem Lipps, J. und Schraff, D., "Regional inequality and institutional trust in Europe" (Regionale Ungleichheit und Vertrauen in die europäischen Institutionen), *European Journal of Political Research*, Band 60, Nr. 4, (2021).

⁷² V-Dem Institute (Universität Göteborg), (2023), https://www.v-dem.net/documents/29/V-dem-democracyreport2023_lowres.pdf.

⁷³ Sitra, Dufva, M. und Rekola, S., (2023), ISBN 978-952-347-302-7.

⁷⁴ RECONNECT EUROPE, Briatte, F. et al., (2020), <https://reconnect-europe.eu/wp-content/uploads/2020/05/D6.1.pdf>.

⁷⁵ Future of Europe (Die Zukunft Europas), Europäische Kommission, (2022), 2554/SP517.

⁷⁶ Diskriminierende Algorithmen beziehen sich auf Algorithmen, die vielfach Ergebnisse produzieren, die für bestimmte Gruppen wie Frauen oder ethnische Minderheiten zu Nachteilen führen. Siehe Agentur der Europäischen Union für Grundrechte, (2022), <https://doi.org/10.2811/25847>.

⁷⁷ *The Geography of EU Discontent and the Regional Development trap* (Die Geografie der Unzufriedenheit in der EU und die regionale Entwicklungsfalle), Europäische Kommission, (2023), WP 03/2023.

Demokratien zu pflegen, wird dies sowohl die Einführung einer nachhaltigen Politik als auch den Wandel selbst infrage stellen.

Der bestehende Gesellschaftsvertrag wird der neuen sozialen und ökonomischen Wirklichkeit nicht in vollem Umfang gerecht. Der derzeitige Gesellschaftsvertrag entstand in der Mitte des 20. Jahrhunderts unter anderen sozioökonomischen Bedingungen. Die Realität der Menschen in Europa hat sich seither drastisch verändert, mit neuen Lern-, Arbeits- und Lebensformen, entsprechend dem demografischen Wandel und der Migration. Die Auswirkungen eines längeren Lebens werden für Personen, Unternehmen, Gemeinschaften und Regierungen tiefgreifend sein. Daher bestehen nach wie vor Unterschiede, und neue Spannungen könnten in Zukunft entstehen. So entfallen beispielsweise „atypische“ Beschäftigungsverhältnisse (einschließlich Selbstständigkeit) derzeit auf 40 % der Erwerbsbevölkerung⁷⁸, während die Sozialschutzsysteme nach wie vor hauptsächlich auf herkömmliche Beschäftigungsformen (z. B. Vollzeitbeschäftigung, unbefristete Beschäftigung, abhängige Beschäftigung) ausgerichtet sind. Veränderungen sind notwendig, damit bestimmte Teile der Erwerbsbevölkerung, insbesondere junge Menschen, außerhalb der EU Geborene und Frauen, ausreichend durch die Sozialschutzsysteme abgedeckt werden. Andernfalls könnten diese Unterschiede das Wohlergehen von Personen und ihren Familien, insbesondere aus einkommensschwachen Haushalten, gefährden und sich nachteilig auf die Rentenansprüche und das Wohlbefinden im späteren Leben auswirken. Sie könnten auch die finanzielle Stabilität der bestehenden Systeme der sozialen Sicherung untergraben und die allgemeine Wettbewerbsfähigkeit durch weniger effiziente Arbeitsmärkte beeinträchtigen, wobei die Menschen weniger bereit sind, Risiken einzugehen, den Arbeitsplatz zu wechseln, eine Beschäftigung anzunehmen oder aus dem Erwerbsleben auszusteigen, ein Unternehmen zu gründen oder zu schließen. Schließlich können viele Menschen in Europa von ihrer Arbeit nicht mehr leben. Der aussagekräftigste Indikator ist die Erschwinglichkeit von Wohnraum: Der entsprechende Wert ist so niedrig wie nie zuvor, sowohl für diejenigen, die ein Haus erwerben, als auch für diejenigen, die Wohnraum mieten wollen.⁷⁹

Parallel dazu gewinnt die geoökonomische Funktion öffentlicher und privater Akteure zunehmend an Bedeutung. Wir beobachten eine immer größere Konvergenz der Bereiche Wirtschaft und Sicherheit, da wirtschaftliche Entscheidungen verstärkt von Sicherheitsbedenken bestimmt werden. Die Erwartungen an den Staat ändern sich, und zur Fortsetzung des Wandels, zur Stärkung der offenen strategischen Autonomie und der wirtschaftlichen Widerstandsfähigkeit werden geeignete Instrumente und Kompetenzen erforderlich sein. Andererseits wird durch die derzeit stattfindende Ausweitung von Macht mit einer zunehmenden globalen Bedeutung großer multinationaler Konzerne die gegenwärtige Funktion des Staates in der Wirtschaft, der Demokratie oder im gesellschaftlichen Leben infrage gestellt.

III. Handlungsschwerpunkte

Die dargelegten Problembereiche werden sich unmittelbar auf die sozialen und wirtschaftlichen Aspekte der Nachhaltigkeit auswirken und die Durchführbarkeit des Wandels infrage stellen. Deshalb ist zur Verwirklichung eines nachhaltigen Europas bis 2050 bereits jetzt ein koordiniertes Handeln in allen Politikbereichen notwendig. Aufbauend auf den

⁷⁸ Bericht der Kommission an den Rat über die Umsetzung der Empfehlung des Rates zum Zugang zum Sozialschutz für Arbeitnehmer und Selbstständige, COM(2023) 43 final.

⁷⁹ Eurofound, (2023), <https://doi.org/10.2806/715002>.

Ergebnissen des Vorausschauverfahrens werden in den nachstehend dargestellten Handlungsschwerpunkten Ideen zur Bewältigung der in den vorangegangenen Abschnitten genannten Herausforderungen vorgestellt.

1. Einen neuen europäischen Gesellschaftsvertrag sicherstellen, der auf eine nachhaltige Zukunft ausgerichtet ist. Die EU sollte die Mitgliedstaaten weiterhin darin bestärken, inklusive, hochwertige Sozialdienstleistungen zu entwickeln, mit denen die Menschen besser befähigt werden, einen Beitrag zur Wirtschaft und Gesellschaft zu leisten und gleichzeitig ihr Potenzial auszuschöpfen und ihre Ziele zu verwirklichen. Dies beinhaltet auch eine Aktualisierung der Sozialpolitik entsprechend eines auf Sozialinvestitionen während des gesamten Lebensverlaufes basierenden Ansatzes. Dazu gehören die Förderung der Erwerbsbeteiligung und der Inklusivität, die weitere Anpassung des Sozialschutzes für atypische Beschäftigungsformen und an neue klimabedingte Risiken, die Sicherstellung eines angemessenen Niveaus sozialer Sicherheit sowie ein Konzept der aktiven Eingliederung in den Arbeitsmarkt. Es sollte der neuen demografischen Realität mit ihren Herausforderungen (Alterung) und Chancen (Lebenserwartung) Rechnung getragen werden. Dies bedeutet auch, dafür zu sorgen, dass Migranten und EU-Bürger mit Migrationshintergrund wirksam integriert werden, um so den Mitgliedstaaten erhebliche Fiskalgewinne zu verschaffen und einen wichtigen Beitrag zur Bewältigung der Herausforderungen des demografischen Wandels für das Gemeinwohl zu leisten. Die ständige Überwachung der sozialen Indikatoren, insbesondere für die am stärksten gefährdeten Haushalte, wird für die Bekämpfung von Armut, sozialer Ausgrenzung sowie sozialer und regionaler Ungleichheit von entscheidender Bedeutung sein. In einem neuen Gesellschaftsvertrag sollte ein gerechter und inklusiver Wandel stärker in den Mittelpunkt gestellt, der regionale Zusammenhalt aufrechterhalten und die Generationengerechtigkeit sowie die soziale Aufwärtskonvergenz als Leitprinzipien berücksichtigt werden. Er sollte sich auch stärker auf das Leben in einer gesunden Umwelt als wichtiges öffentliches Gut, die Bekämpfung der Ursachen psychischer Probleme wie sozialer Ausgrenzung und Diskriminierung sowie auf die Auswirkungen des Klimawandels konzentrieren.

2. Den Binnenmarkt zur Förderung einer widerstandsfähigen klimaneutralen Wirtschaft nutzen. Die EU sollte ihren koordinierten Rahmen weiter stärken, um eine offene strategische Autonomie, einschließlich wirtschaftlicher Sicherheit, zu erreichen. Insbesondere sollten die EU und ihre Mitgliedstaaten auf der Grundlage des bestehenden Mechanismus zur Überprüfung der derzeitigen strategischen Abhängigkeiten Instrumente zur Bewertung künftiger Abhängigkeiten in strategischen Sektoren (z B. Gesundheit, Lebensmittel, digitale Technologien, Energie, Raumfahrt, Wasser) weiterentwickeln. Die EU sollte auch handelspolitische Schutzinstrumente, die Verordnung über drittstaatliche Subventionen sowie Beschaffungsinstrumente besser und strategischer einsetzen. Die Erweiterung des Binnenmarktes wird für die Sicherung der künftigen Wirtschaftskraft der EU von entscheidender Bedeutung sein. Mit einem ausreichendem Niveau an strategischer Intelligenz und vorausschauender Governance sollte ein wachstumsfördernder Rechtsrahmen, insbesondere für den Binnenmarkt, zukunftssicher gemacht werden.⁸⁰ In Ökosystemen mit dem größten Potenzial für den Wandel muss ein neuer Schwerpunkt⁸¹ auf die Beseitigung von Hindernissen sowie auf die Durchsetzung bestehender Vorschriften gelegt werden. Dies muss

⁸⁰ Stellungnahme der Plattform „Fit for Future“ zum Thema „Sicherstellung eines zukunftsfesten Rechtsrahmens für den Binnenmarkt“.

⁸¹ 30 Jahre Binnenmarkt, COM(2023) 162 final.

mit soliden und zweckmäßigen Wettbewerbsregeln einhergehen. Anreize für nachhaltige Geschäftsmodelle und eine ausreichende Unterstützung für die rasche Entwicklung und Einführung von Netto-Null-Technologien werden ebenfalls wichtig sein. Die EU sollte auch weiterhin für gleiche Wettbewerbsbedingungen für alle Marktteilnehmer sorgen und eine enge Verbindung zwischen Marktzugang und hohen Nachhaltigkeitsstandards sicherstellen. Schließlich muss auch die rasche Herstellung wesentlicher Komponenten für die Energiewende wie Rohstoffe oder Ausrüstungsmaterial für Netto-Null-Technologien unterstützt werden.

3. Das interne und externe Handeln der EU stärker miteinander verknüpfen, auch um das Angebot und das Narrativ der EU auf globaler Ebene zu stärken. In der Geoökonomie ist zunehmend eine Kombination flexibler Ansätze und strategischer Partnerschaften gefragt. In diesem Zusammenhang sollte das Global Gateway weiterhin genutzt werden, um Partnerschaften zu strategischen Projekten aufzubauen, beispielsweise mit Ländern, die Probleme bei der Energiewende oder mit der Wassersicherheit haben. Mit solchen Partnerschaften sollten neue lokale Wertschöpfungsketten angestoßen werden, um Investitionen anzuziehen und Arbeitsplätze und Chancen für jüngere Generationen zu schaffen. Aufbauend auf dem bestehenden Modell für Freihandelsabkommen könnten neue, flexiblere und zielgerichtete Arten von Partnerschaftsabkommen mit der Europäischen Nachbarschaft, Afrika, Asien oder Lateinamerika geprüft werden. Die Synergien und Verknüpfungen zwischen diesen Abkommen und dem Global Gateway müssen verstärkt werden. Mit der Schaffung eines grünen transatlantischen Marktes, der den Zugang zu Anreizmaßnahmen erleichtert und Diskriminierungen verhindert, würden ökologische Investitionen und eine nachhaltige Produktion unterstützt werden. Darüber hinaus sollte die EU mit dem Konzept „Team Europa“ ihre Stimme in den für die globalen Bemühungen um Nachhaltigkeit wichtigsten multilateralen Foren stärken, einschließlich derjenigen, die die Zukunft einer nachhaltigen Finanzierung gestalten (z. B. der Bridgetown-Initiative, Reformen der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds). Sie sollte auch weiterhin führend bei den Bemühungen um die Verwirklichung der Ziele für die nachhaltige Entwicklung sein⁸² und einen Beitrag zur Diskussion über deren Zukunft nach 2030 leisten. Darüber hinaus sollte die EU eine führende Rolle bei der Erhaltung der globalen Gemeingüter (biologische Vielfalt, Böden, Süßwasser, Ozeane usw.), etwa durch Finanzierung oder Zusammenarbeit in den Bereichen Technologie und Innovation (sowohl Spitzentechnologie- als auch Low-Tech) übernehmen. Es sollten neue Finanzierungsregelungen für Anpassung und Resilienz mit Konzentration auf die am stärksten gefährdeten Länder geprüft werden. Ebenso muss die EU dafür sorgen, dass ihre Klima-, Umwelt- und Energiepolitik im Einklang mit ihren internationalen Ansprüchen und Verpflichtungen konzipiert und umgesetzt wird. Dazu müssen die Perspektiven der Handelspartner sowie die Auswirkungen der EU-Rechtsvorschriften auf diese berücksichtigt werden. Dies könnte durch verstärkten Dialog, Kommunikation, Diplomatie (Umwelt-, Cyber- oder Kulturdiplomatie) sowie durch Zusammenarbeit bei der Konzeption und Umsetzung der Politik in diesen Bereichen erreicht werden.⁸³ Sie sollte auch weiterhin engagiert ihre Politik des europäischen Grünen Deals in der Welthandelsorganisation verfolgen. Neben der Entwicklung eines eigenen Rechtsrahmens muss die EU breit angelegte internationale Allianzen und Vereinbarungen über neue, nachhaltigkeitsfördernde

⁸² Freiwillige Überprüfung der Fortschritte bei der Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung, COM(2023) 700 final.

⁸³ Eine neue Agenda für die Beziehungen zwischen der EU und Lateinamerika und der Karibik, JOIN(2023) 17 final.

Technologien, wie beispielsweise die künstliche Intelligenz, schließen, und zwar in der Weise, dass ihre Werte und strategischen Ziele widerspiegelt sind und die Risiken gesteuert werden. Außerdem sollte sie sich mit gleich gesinnten Partnern zusammenschließen, um Bedrohungen und Angriffe wie Desinformation abzuwehren. Und schließlich könnte die Stärkung des Jugendaktionsplans für das auswärtige Handeln der EU dazu beitragen, Unterstützung durch junge Generationen außerhalb der EU aufzubauen.

4. Die Verlagerung von Produktion und Verbrauch hin zur Nachhaltigkeit fördern. Bei der Produktion sind dazu Reformen und Investitionen in allen Mitgliedstaaten erforderlich, um die Wirtschaft, insbesondere Industrieprozesse und energieintensive Sektoren, zu dekarbonisieren und schadstofffrei zu machen, die Auswirkungen auf die biologische Vielfalt zu verringern und den konsumbedingten ökologischen Fußabdruck zu minimieren. Bürokratieabbau, die Beschleunigung der Verwaltungs- und Genehmigungsverfahren oder die Verbesserung der Zugänglichkeit und Qualität der Unterstützung vor Ort sind ebenfalls von entscheidender Bedeutung. Es sind großangelegte Maßnahmen erforderlich, um die Wasserresilienz der EU zu stärken, indem die Umweltverschmutzung bekämpft und das Problem des steigenden Bedarfs der Landwirtschaft, bei der Energieerzeugung, der Industrie oder der Haushalte angegangen wird. Maßnahmen zur Verbesserung der Wasserbewirtschaftung (einschließlich geeigneter Preissetzungs- und Zuteilungsmechanismen), der effizienten Nutzung von Wasser, der Entwicklung nachhaltiger alternativer Quellen, der Beseitigung der Wasserverschmutzung und der Sicherstellung eines gleichen Zugangs zu Wasser sind von ausschlaggebender Bedeutung. Um die ökologische Bilanz des Verbrauchs möglichst gering zu halten, müssen die Menschen, insbesondere diejenigen mit dem höchsten CO₂-Fußabdruck, ihre Verhaltensweisen ändern. Wesentlich ist dabei auch, dass die richtigen Preissignale gesetzt werden (z. B. durch Bepreisung von CO₂-Emissionen, Ökosteuern, Abschaffung oder Reform umweltschädlicher Subventionen, Stärkung umweltfreundlicher Anreize), und dass gleichzeitig dafür gesorgt wird, dass nachhaltige Produkte und Dienstleistungen erschwinglich und verfügbar sind. Um die Strategien und Geschäftsmodelle der Unternehmen zu ändern, sollte die EU weiterhin Strategien und Vorschriften ausarbeiten, um weiter gegen geplante Obsoleszenz vorzugehen und das Reparieren nach Verkauf sowie die Produktgestaltung für die Kreislaufwirtschaft zu fördern. Auf der Grundlage angemessener Analysen könnten die Maßnahmen auch das Verbot der Werbung für die umweltschädlichsten Praktiken oder Dienstleistungen umfassen. Zusammengefasst könnten diese Elemente Komponenten eines künftigen breiteren Rechtsrahmens unter Berücksichtigung der langfristigen globalen Wettbewerbsfähigkeit der EU-Wirtschaft bilden. Eine eingehendere Analyse der Verteilungseffekte und der territorialen Folgen bei der Politikgestaltung sowie eine klarere Vermittlung der Ergebnisse könnten dazu beitragen, neue Maßnahmen so zu konzipieren, dass mögliche negative Auswirkungen auf Armut und Ungleichheit minimiert werden und flankierende politische Maßnahmen zur Abfederung solcher negativen Auswirkungen vorgesehen sind. Schließlich sollten die Aufklärung und Sensibilisierung für nachhaltige und gesundheitsfördernde Entscheidungen und eine gesunde Lebensweise in allen Altersgruppen verstärkt werden.

5. Ein „Europa der Investitionen“ durch verstärkte Mobilisierung privater Finanzströme zur Unterstützung strategischer Investitionen für den Wandel schaffen. Entscheidende Fortschritte bei der Bankenunion und der Kapitalmarktunion sind zur Mobilisierung privater Finanzierung, die für den grünen und den digitalen Wandel notwendig ist, unabdingbar. Nachhaltige strategische EU-Investitionen werden mit nachhaltigen

Finanzierungsinstrumenten wie europäischen grünen Anleihen finanziert werden. Die Schaffung eines flexiblen, schnellen und reaktionsfähigen Rahmens zur Ankurbelung privater Investitionen und zur Sicherstellung eines positiven wirtschaftlichen Umfelds wird entscheidend dafür sein, dass die EU weiterhin ein attraktiver Ort für Investitionen in die Netto-Null- und die Kreislaufwirtschaft bleibt. In dieser Hinsicht sollten öffentliche Mittel als Katalysator für private Investitionen, insbesondere für riskantere, bahnbrechende Nachhaltigkeitsprojekte einschließlich ihrer Ausweitung, und die damit verbundenen Produktionskapazitäten in der EU besser genutzt werden. Insbesondere sollte die Europäische Investitionsbank als weltweit größte öffentliche Bank strategische, für den grünen und den digitalen Übergang relevante Investitionen, etwa in Rohstoffe, umweltfreundliche oder Biotechnologien, insbesondere für Spitzenforschungsprojekte, stärker unterstützen. Ebenso ist es wichtig, weiterhin Anstrengungen zu unternehmen, europäischen Start-ups sowie kleinen und mittleren Unternehmen leichteren Zugang zu einschlägigen EU-Finanzierungsquellen zu ermöglichen. Weitere Instrumente können ebenfalls zur verstärkten Mobilisierung privater Finanzströme beitragen: Steueranreize, eine umweltgerechte und nachhaltige Vergabe öffentlicher Aufträge, öffentlich-private Partnerschaften, Anreize für Lieferanten zur Nutzung nachhaltiger Lösungen, vorkommerzielle Auftragsvergabe, Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen zur Erbringung öffentlicher Dienstleistungen oder mit Bürgern und Interessenträgern zur partizipativen Haushaltsplanung. Eine engere Zusammenarbeit zwischen dem privaten und dem öffentlichen Sektor könnte auch durch die Verbesserung der Strategien für Mischfinanzierungen erreicht werden, z. B. durch eine bessere Vermittlung durch konzessionäre Finanzdienstleister und durch den Ausbau der Rolle der Entwicklungsinstitute der EU und der Mitgliedstaaten. Schließlich werden weitere Anstrengungen zur Einbeziehung klimabezogener Risiken in die Bewertung der Finanzstabilität wichtig sein.

6. Die öffentlichen Haushalte nachhaltigkeitsgerecht gestalten. Die Steuerpolitik und die Besteuerung müssen an den doppelten Übergang angepasst werden, durch Befreiungen für zusätzliche Investitionen in Projekte zur Unterstützung des grünen und des digitalen Wandels und durch geeignete Preissignale und Anreize für Erzeuger, Nutzer und Verbraucher. Gleichzeitig muss die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen verbessert werden. Die Umsetzung der OECD-Reform der internationalen Besteuerung ist ein erster Schritt in diese Richtung, indem dem Wettlauf um die Senkung der Körperschaftsteuersätze Grenzen gesetzt und dafür gesorgt wird, dass multinationale Unternehmen unabhängig davon, wo sie tätig sind, einen angemessenen Steuerbeitrag leisten. Die EU sollte weiterhin globale Strategien zur Bekämpfung der Steuervermeidung verfolgen, mit denen die Fairness der Steuersysteme weiter gefördert wird. Sie sollte auch prüfen, wie die Besteuerung der Arbeit verringert und auf andere, weniger wachstumsschädliche Steuerbemessungsgrundlagen verlagert werden kann, auch um Ungleichheiten im Zusammenhang mit der sich verändernden Altersstruktur der Bevölkerung und mit neuen Arbeitsformen zu beseitigen. Verstärkte Anstrengungen zur Optimierung der öffentlichen Ausgaben durch Verbesserung der Qualität und Zusammensetzung der öffentlichen Finanzen sowie durch Steigerung der Effizienz und Wirksamkeit der öffentlichen Ausgaben werden für eine optimale Nutzung der öffentlichen Mittel unbedingt erforderlich sein. Dazu gehört auch der Ausbau der öffentlichen Kapazitäten bei der Datenerhebung und -analyse, damit steuerpolitische Maßnahmen besser konzipiert werden können. Die Steuerpolitik sollte sich weiterhin auf den Schutz finanziell schwächerer Haushalte und Unternehmen konzentrieren, gleichzeitig aber finanziell tragbar sein und Anreize für nachhaltiges Verhalten beibehalten. Angesichts der ungleichen Auswirkungen der

haushaltspolitischen Herausforderungen und der Notwendigkeit, strategische Investitionen anzukurbeln und eine angemessene Finanzierung der Gemeingüter der EU sicherzustellen, sollten schließlich weitere Wege für ein gemeinsames Handeln ausgelotet werden.

7. Politische und wirtschaftliche Indikatoren weiter hin zu nachhaltigem und inklusivem Wohlergehen verlagern. Ökologische und soziale Aspekte werden bereits bei den Entscheidungen öffentlicher wie privater Akteure berücksichtigt, müssen jedoch noch stärker und konsequenter einbezogen werden. In diesem Zusammenhang sollten über das BIP hinausgehende Messgrößen weiterentwickelt und schrittweise in die Politikgestaltung der EU eingebettet werden. Dies wird dazu beitragen, die Fortschritte auf dem Weg zum Wohlergehen zu überwachen, die Kommunikation politischer Herausforderungen zu erleichtern und Strategien zu ihrer Bewältigung in einer auf die Menschen und den Planeten ausgerichteten Weise zu entwickeln, wobei gleichzeitig sichergestellt wird, dass das Wirtschaftswachstum nicht seine eigentlichen Grundlagen zerstört. Darüber hinaus sollte weiter an der Verbesserung der Überwachungsinstrumente gearbeitet werden, indem robuste, modellgestützte Indikatoren (z. B. zu den Grenzen unseres Planeten oder zum Zusammenspiel von Gesellschaft, Umwelt und Wirtschaft) entwickelt werden, ebenso wie besser integrierte Bewertungsmodelle für Projektionen und Szenarioanalysen. Zur weiteren Ausgestaltung politischer Strategien müssen die statistischen Standards für volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen durch zusätzliche Indikatoren ergänzt werden, um die Wechselbeziehungen zwischen Wirtschaftstätigkeit, Wohlergehen der Menschen und Umwelt besser widerzuspiegeln. Damit würde beispielsweise berücksichtigt, wie Ressourcenabbau und Umweltzerstörung das Wohlergehen und die wirtschaftliche Sicherheit der Menschen auf vielfältige Weise untergraben, und umgekehrt, wie sich die Wirtschaftstätigkeit verschiedenartig auf die Umwelt auswirkt. Die EU wird weiterhin einen Beitrag zu den Diskussionen innerhalb der internationalen Gemeinschaft darüber leisten, wie die Verknüpfung zwischen Wirtschaft und Umwelt in den volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und in Umwelt- und Wirtschaftsstatistiken methodisch fundiert berücksichtigt werden können. Darüber hinaus wird sie sich weiterhin für die Nutzung bestehender ökologisch-ökonomischer Gesamtrechnungen zur Ausgestaltung politischer Maßnahmen in verschiedenen Bereichen einsetzen, insbesondere durch eine stärkere Integration vorhandener Wirtschafts- und Umweltstatistiken sowie sozialer Gesamtrechnungen, um soziale Ungleichheiten bei der Einnahmenverteilung besser anzugehen.

8. Sorge tragen, dass alle erfolgreich zur Nachhaltigkeitswende beitragen können. Es bedarf nachhaltiger Anstrengungen, um die Erwerbsbeteiligung aller Bevölkerungsgruppen, insbesondere von Frauen, Menschen mit Behinderungen, älteren Menschen, jungen Menschen sowie anderen unterrepräsentierten Gruppen, die sich weder in Ausbildung noch in Beschäftigung befinden, zu steigern. Investitionen in eine frühzeitige hochwertige Bildung sollten gefördert werden, um Ungleichheiten zu beseitigen. Neben technischen Fertigkeiten sollten Nachhaltigkeit, digitale Kompetenz, Bürgerkompetenz, Resilienz oder unternehmerische Kompetenzstärker berücksichtigt werden. Die Förderung des lebenslangen Lernens (etwa durch eine verstärkte innerbetriebliche Ausbildung und Berufsbildung) oder von innovativen Lehrmethoden würde die Flexibilität des Lernens erhöhen. Dies muss mit der Anpassung der Arbeitsplätze und Arbeitsbedingungen an neue Beschäftigungsformen, die Erwartungen der Generationen und die Bedürfnisse der Arbeitnehmer einhergehen. Die Zusammenarbeit zwischen öffentlichen, privaten und zivilgesellschaftlichen Akteuren sollte durch etablierte Mechanismen (z. B. Kompetenzpakete oder Kompetenzakademien) gestärkt

werden. Digitale Technologien sollten für die Erweiterung und Anpassung der allgemeinen und beruflichen Bildung genutzt und die Lernmöglichkeiten für alle verbessert werden. Zur Bewältigung des demografischen Wandels benötigt die EU robuste Instrumente für eine detaillierte Prognose der Qualifikationsanforderungen und des Personalbedarfs in Schlüsselsektoren. Blockaden bei der Talententwicklung müssen auf regionaler Ebene angegangen werden, indem Angebot und Nachfrage mit gezielten Maßnahmen und in Zusammenarbeit mit Arbeitgebern und Bildungseinrichtungen stimuliert werden. Schließlich muss die EU, um spezifische Arbeitsmarktlücken zu beseitigen und die demografischen Herausforderungen zu bewältigen, weltweit mehr Talente anziehen und die Einrichtung von Talentpools und Partnerschaften mit Drittländern unterstützen. Dies muss mit der Unterstützung der Herkunftsgemeinschaften und der Anpassung der allgemeinen und beruflichen Bildung einhergehen, um die Integration zu fördern.

9. Demokratie stärken, etwa indem die Handlungsmacht der Bürger erweitert wird. Um eine breite öffentliche Unterstützung für Nachhaltigkeit zu erreichen, muss die Beteiligung der europäischen Bürger an demokratischen Beratungen und politischen Entscheidungsprozessen als Ergänzung zur repräsentativen Demokratie verstärkt werden.⁸⁴ Gerechtigkeit innerhalb und zwischen den Generationen, inklusive Teilhabe und die Handlungsmacht aller Bürger sollten im Mittelpunkt der politischen Entscheidungsfindung stehen. Beispielsweise kann die Einbettung der strategischen Vorausschau in die Politikgestaltung den Regierungen dabei helfen, staatliche Maßnahmen auf der Grundlage künftiger Verteilungseffekte (einschließlich generationenübergreifender Auswirkungen) zu ergreifen und Strategien zu entwickeln, mittels derer die Wahrscheinlichkeit, dass sehr negative soziale Ergebnisse eintreten, so gering wie möglich gehalten wird. Eine größere Offenheit der Entscheidungsfindung und die Fähigkeit, mit den Bürgerinnen und Bürgern zu kommunizieren und sich mit ihnen auszutauschen, werden daher von entscheidender Bedeutung sein. Die EU sollte ihre Fähigkeit zur Verteidigung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit kontinuierlich stärken.⁸⁵ Um Fehlinformationen und Desinformation sowie der Einflussnahme aus dem Ausland entgegenzuwirken, sind wirksamere Instrumente und deren ordnungsgemäße Durchsetzung wichtig. Es ist von entscheidender Bedeutung, Social-Media-Plattformen stärker zur Verantwortung zu ziehen und unabhängige Medien zu unterstützen. Auch müssen die Auswirkungen der Digitalisierung auf die Demokratie optimiert werden, wobei mögliche negative Aspekte (Cybersicherheit von Wahlen, Verbreitung von Hetze und Radikalisierung) angegangen werden müssen. Schließlich werden offene, effiziente, interoperable und rechenschaftspflichtige öffentliche Dienste unabdingbar sein. Daher muss die Kapazität der lokalen Einrichtungen und anderer Akteure wie Sozialpartner und Organisationen der Zivilgesellschaft gestärkt werden. Dies erfordert umfassende Maßnahmen, um sicherzustellen, dass diese Einrichtungen über die erforderlichen Kompetenzen sowie über die finanziellen und technologischen Ressourcen verfügen, damit sie in der Lage sind, zum grünen und zum digitalen Wandel beizutragen und deren Chancen zu nutzen⁸⁶.

⁸⁴ Europäischen Gruppe für Ethik der Naturwissenschaften und der Neuen Technologien (2023), Stellungnahme zur Demokratie im digitalen Zeitalter.

⁸⁵ Noch in diesem Jahr wird die Kommission ein Paket zur Verteidigung der Demokratie vorlegen, um die Maßnahmen im Rahmen des Aktionsplans für Demokratie in Europa zu vertiefen, freie und faire Wahlen zu fördern, den Kampf gegen Desinformation zu verstärken und die Freiheit und den Pluralismus der Medien zu unterstützen.

⁸⁶ Dies ist beispielsweise in einer künftigen Initiative, dem ComPAct, vorgesehen, um den Europäischen Verwaltungsraum auszuweiten.

10. Das Instrumentarium der EU zur Krisenvorsorge und -reaktion stärken, um den Katastrophenschutz durch „Katastrophenprävention“ zu ergänzen. Die EU muss, wie die Pandemie und der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine kürzlich gezeigt haben, potenzielle Katastrophen strategisch antizipieren und sich auf deren Auswirkungen vorbereiten. Der weitere Ausbau der strategischen Vorausschau und der Überwachungskapazitäten einschließlich Frühwarnsystemen wird die Umsetzung von frühzeitiger Information in frühzeitiges Handeln erleichtern und sollte den Mitgliedstaaten als Orientierungshilfe für künftige Investitionen in eine bessere Vorsorge und Prävention und deren Finanzierung dienen. Europäische Datenräume, digitale Zwillinge und neue Interaktionsformen werden unabdingbar sein, um große Mengen komplexer Informationen besser verstehen und nutzen zu können. Die Fähigkeit der EU, schnell und effizient auf Krisen zu reagieren, sollte ebenfalls stetig gestärkt werden. So wird beispielsweise das Notfallinstrument für den Binnenmarkt den freie Waren-, Dienstleistungs- und Personenverkehr in Krisenzeiten mit mehr Transparenz und Koordinierung sicherstellen. Um die Resilienz kritischer Einrichtungen zu verbessern, wird die Umsetzung der entsprechenden EU-Richtlinien⁸⁷ und Empfehlungen des Rates von entscheidender Bedeutung sein. Das Zentrum für die Koordination von Notfallmaßnahmen sollte zu einem Kernknotenpunkt weiterentwickelt werden, mit dem sämtliche relevanten EU-Akteure der Krisenbewältigung (z. B. HERA) verbunden sind und mit dem die Einsatzbereitschaft in künftigen Notfallsituationen gestärkt wird⁸⁸. Die vorhandenen unterschiedlichen Schlüsselinstrumente für die Resilienz in Bereichen wie Katastrophenschutz, Migration, Gesundheit, Ernährung oder Wasser sollten ausgebaut, enger verzahnt und die Synergien zwischen ihnen gestärkt werden. Ebenso sollte sich die EU besser auf die Bewältigung von Katastrophen- und klimabedingter Vertreibung vorbereiten. Zusätzlich zu den Resilienzmaßnahmen muss die EU bei der Bewertung, Vermeidung, Vorbereitung auf und Steuerung von Risiken einem systemischen Konzept mit dem Ansatz „Ein Planet - eine Gesundheit“ folgen. Darüber hinaus sollte die Entwicklung gemeinsamer Verfahren durch den Ausbau oder die Schaffung neuer sektorübergreifender Verbindungen mit den zuständigen Behörden auf allen Ebenen sowie mit der Privatwirtschaft einschließlich Risikomanagern und Versicherern unterstützt werden. Schließlich sollte geprüft werden, wie die Verfügbarkeit von Finanzmitteln für Katastrophenrisiken weiter erhöht werden kann.

IV. Das Versprechen der Nachhaltigkeitswende einlösen

Die Nachhaltigkeitswende basiert auf einem dreifachen Versprechen: ein gesunder Planet und eine florierende Umwelt, Wirtschaftswachstum ohne Ressourcenverbrauch und Umweltzerstörung und die Zusage, dass niemand zurückgelassen wird. Im Zuge dieses historischen Wandels in der EU wird es entscheidend sein, eine positive Vision zu schaffen, sich der Chancen bewusst und optimistisch zu bleiben, will man unter schwierigen Umständen eine breite demokratische Unterstützung für die notwendigen Veränderungen und Abwägungen aufbauen. In diesem Bericht sind die wichtigsten Bereiche skizziert, in denen dringend gehandelt werden muss, wollen wir den Übergang zur Nachhaltigkeit vollziehen und die Verbindung zwischen seinen ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Aspekten stärken.

⁸⁷ Richtlinie (EU) 2022/2557 vom 14. Dezember 2022 über die Resilienz kritischer Einrichtungen und zur Aufhebung der Richtlinie 2008/114/EG des Rates, ELI: <http://data.europa.eu/eli/dir/2022/2557/oj>.

⁸⁸ Strategic crisis management in the EU (Strategisches Krisenmanagement in der EU), Europäische Kommission, (2022), <https://doi.org/10.2777/517560>.



WOHLBEFINDEN UND WOHLSTAND IN EINKLANG BRINGEN



Damit Europa dieses Versprechen einlösen kann, ist es entscheidend, die Nachhaltigkeit in den Mittelpunkt der offenen strategischen Autonomie der EU zu stellen. Für heutige und künftige Generationen von Europäern bedeutet dies ein gesünderes und längeres Leben, private und berufliche Zufriedenheit und ein größeres Mitspracherecht in der Zukunft, die sie sich wünschen, für die Unternehmen in der EU, den Pioniervorteil einer klimaneutralen Wirtschaft mit weltweit führenden nachhaltigen Produkten und Dienstleistungen zu nutzen und für die anderen Regionen der Welt, von Zusammenarbeit und nachhaltiger Entwicklung zu profitieren.